

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.,
einschließlich 40 Pfg. Postgebühren- und
72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandbe-
zogene 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Wirtschaftliche Welt“, „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner
„Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in
die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des Blattes auf die Arbeiter- und
Bauernfrage, die seit dem
1. März 1929 durch die
Veränderung der Redaktion
erzielt wurde, ist durch die
Veränderung der Redaktion
am 1. März 1929 erzielt
worden. Die einseitige
Konzentration des Blattes
auf die Arbeiter- und
Bauernfrage ist durch die
Veränderung der Redaktion
am 1. März 1929 erzielt
worden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depositenkasse, Fetschener Str. 65/66.

An die Partei!

Parteigenossinnen und -genossen!

Ein Wahlkampf liegt hinter uns, wie ihn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands während der ganzen Zeit ihres sturmbewegten Bestehens noch niemals zu führen hatte. Wochen hindurch stand sie einem konzentrischen Angriff ihrer Gegner aus dem bürgerlichen und dem kommunistischen Lager gegenüber, einem Lügen- und Verleumdungsfeldzug, der die Kampfmethoden des Reichslügenverbandes aus der Vorkriegszeit weit in den Schatten stellte.

„Kampf gegen den Marxismus“

lautete der Schlachtruf der Rechtsparteien, allen voran der der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“ mit ihren neudeutschen „Arbeiterführern“ aus den davongejagten Dynastien, der kaiserlichen Generalität und dem scharfmacherischen Unternehmertum.

„Nieder mit den Sozialfaschisten und Sozialverrättern!“ hallte es aus dem kommunistischen Heerlager.

Schwächung der Sozialdemokratie war das Kampfziel

des Bürgertums bei der Wahl am 14. September. Um es zu erreichen, förderten Großagrarier und Großkapitalisten den Nationalsozialismus und Kommunismus, die sich aufgeregt als die radikalsten Gegner des Kapitalismus aufspielten, in Wirklichkeit aber seine besten Werkzeuge sind.

Trotz alledem: Stolz und ungebrochen ging die Sozialdemokratische Partei, die Führerin der schaffenden Volksmassen Deutschlands, aus dem Wahlkampf hervor.

Mit 143 Mandaten ist sie auch im neuen Reichstage die weitaus stärkste Partei. Mehr noch als im letzten Reichstage werden sich die Gegner der Sozialdemokratie zu der Erkenntnis bequemen müssen, daß in Deutschland auf die Dauer nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann.

Einheit und Geschlossenheit, Vertrauen in ihre Partei und Vertrauen auf sich selbst, kühle Ueberlegung und feste Entschlossenheit fordert die durch den Wahlausgang geschaffene Situation von der deutschen Arbeiterklasse und allen ehrlichen und aufrechten Republikanern.

Mit dem Wahltag ist der Kampf um die umstrittenen Fragen nicht abgeschlossen. Ungleich schwerer als im letzten Reichstage wird sich die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei im neuen Reichstage erweisen.

Nationalsozialisten und Kommunisten

verdanken die wesentliche Vermehrung ihrer Sitze der skrupellosen demagogischen Ausnutzung einer aus der Not erwachsenen Verzweiflungsstimmung. Beide Parteien sind gegen die Demokratie und für die Diktatur, gegen die Weimarer Verfassung und für die brutale Gewalt. Ihr Programm heißt Katastrophenpolitik im Innern und nach außen. Beide können sich jedoch über gemeinsame Ziele nicht einig; sie denken nur daran, sich zu bekriegen.

Ihnen das Feld zu überlassen, hieße Deutschland dem Bürgerkrieg ausliefern.

Schon jetzt droht als Folge des Wahlausganges Steigerung der Wirtschaftskrise, Vermehrung der Arbeitslosigkeit, neues Massenelend.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit

wird und muß die vordringliche Sorge unserer Partei im neuen Reichstage sein.

Hinweg mit dem Spiel der Diktatur,

zurück zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung! Das ist die zwingende Forderung, die sich aus der Situation des 14. September ergibt. Niemals wird die sozialistische geschulte, in vielen Jahrzehnten erprobte Arbeiterklasse Deutschlands und ihre Führerin, die Sozialdemokratische Partei, sich die Diktatur einer gewalttätigen Clique gefallen lassen. Denn so wie Hugenbergs Diktatur die einst stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei, zertrümmerte, so würde jeder Diktaturversuch im Staate

ganz Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln.

In einer Zeit ungeheurer Verelendung der breiten Volksmassen wird die stärkste Partei des Reichstages, die Sozialdemokratie, auch im neuen Reichstage für die demokratischen Rechte und die sozialpolitischen Errungenschaften des schaffenden Volkes mit aller Entschiedenheit eintreten. Die Sozialdemokratische Partei wird diese Aufgabe um so besser erfüllen können, je mehr sie auf das Vertrauen und die tätige Mitarbeit der arbeitenden Volksmassen rechnen kann.

Selbst in dieser Situation, wo die faschistische Gefahr vor den Toren steht, lassen die Kommunisten keine Spur politischer Vernunft erkennen. Ihre Parolen, ihre Taktik, ihre Versuche, Teile der Arbeiterbewegung in sinnlose Einzelaktionen zu treiben, können nur die faschistische Reaktion fördern und die Widerstandskraft der Arbeiter beeinträchtigen.

Notwendiger denn je ist demgegenüber die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Führung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

Parteigenossinnen und -genossen! Daß eure Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, allen Stürmen zum Trotz sich behauptet hat, das verdankt sie eurer Opferwilligkeit für eure politischen Ideale. Ihr habt Uebermenschliches in der Werbe- und Aufklärungsarbeit geleistet und euch gegenüber dem Feldzuge der Lüge und Verleumdung in eurer Ueberzeugungstreue auf das glänzendste bewährt.

Die Partei dankt es euch. Bleibt fest! Wir stehen, das lehrt uns der letzte Wahlkampf, unerschütterlich auch in der schwersten Situation. Darum vorwärts!

Unser die Welt trotz alledem!

Der Parteivorstand.

Berlin, den 18. September 1930.

Krisenluft in Rumänien.

Enttäuschung über die Bauernregierung.

Bukarest, im September. (Eigener Bericht.)

Noch sind die politischen Ferien nicht vorüber, die in Rumänien bis in den Herbst hinein zu dauern pflegen, und schon weht Krisenluft in der inneren Politik. Immer lauter und sicherer wird verkündet, daß die Regierung Maniu sich ihrem Ende nähert, immer lauter und sicherer aber erkönt auch der Ruf nach der Diktatur.

Kaum ist in diesem unglücklichen Lande ein wenig mehr Freiheit geschaffen, kaum ein farger Anseh demokratischer Zustände angebahnt worden. Kann denn hier jene auch im Westen unbegründete, aber immerhin aus den geschichtlichen Gegebenheiten verständliche Strömung ernstlich Raum gewinnen, die der Demokratie und dem Parlamentarismus als veralteten verknöcherten Institutionen den Totengang anstimmen möchte? Gewiß nicht. Trotzdem kann nicht bezweifelt werden, daß die Idee der parlamentarischen Demokratie in Rumänien lange nicht mehr jene Zugkraft hat, die noch vor wenigen Jahren breitere Volksmassen gegen die Tyrannei der Liberalen zusammenballte. Es kriselt nicht nur in der Politik, sondern auch in der Seele der Massen. Nach dem Sturz der Liberalen, dieser führenden Partei einer nur notdürftig hinter konstitutionellen Formen verhüllten Gewalt-herrschaft, hatte die Bauernschaft alle ihre Hoffnungen auf das neue Regime gesetzt. Als 1920 die Arbeiterbewegung nach dem Generalfreitag zu Boden geschmettert wurde, war die national-zarunistische Bauernpartei die hauptsächlichste Vorkämpferin gegen die liberale Oligarchie. Während sich die Arbeiterbewegung nur schwer, in langen Jahren mühseliger Kleinarbeit, von dem vernichtenden Schlag erholen konnte, den ihr der Terror und die Spaltung verlehrt, zog die neue bürgerliche Oppositionspartei die Bauernschaft und viel städtische Bevölkerung unter ihre Fahne. Im politischen Bewußtsein der Nation war sie die Partei der Demokratie, an sie knüpften sich die Erwartungen des verelendeten, unterdrückten Landes. Auch die Arbeiterklasse hatte keine andere Wahl, als den Kampf um die Demokratie vereint mit der bürgerlich-bäuerlichen Opposition zu führen, wenn sie auch immer wieder nachdrücklich vor überspannten Hoffnungen warnte.

Nun ist die national-zarunistische Partei schon zwei Jahre an der Macht, aber sie hat die auf sie gesetzten Erwartungen schmachvoll enttäuscht. Wohl ist es mit der politischen Freiheit um vieles, wenn auch lange nicht alles, besser geworden, aber die große Erneuerung auf allen Gebieten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ist ausgeblieben trotz der so schwunghaften Versprechungen aus der Oppositionszeit. Schwäche, Halbheit, Furcht, Unfähigkeit kennzeichnen die gesamte Politik der Regierung Maniu. Dazu kommt die geradezu unerträgliche Wirtschaftskrise, die immer schwerer auf allen Schichten der Gesellschaft lastet. Kurzum, nach zwei Jahren national-zarunistischen Regierens sind Enttäuschung und Unzufriedenheit allgemein.

Was nun? Niemandem oder doch nur verhältnismäßig wenigen fällt es ein, auf die Liberalen zurückzugreifen, deren Schmutz- und Gewaltwirtschaft noch lange unvergessen bleiben wird. Die anderen bürgerlichen Parteien zählen nicht mit, die große Hoffnung der letzten Jahre, die Nationalzarnisten, haben verjagt, und die Sozialdemokratie ist noch immer die Partei der Industriearbeiter, also eine kleine Minderheit in diesem Lande, in dem über 70 Proz. der Bevölkerung Bauern sind. Als am 8. Juni Carol zurückkam und den Thron bestieg, loberte für einen Augenblick in den Dörfern eine neue Hoffnung auf, die Hoffnung, daß nun der Ketter gekommen sei. Aber Carols Wiederkehr brachte bisher nichts mehr als einen erwachsenen König.

In die gegenwärtige Situation, die deutlich den Stempel unentwickelter, primitiver politischer Verhältnisse trägt, schleudern nun die Befürworter der Diktatur ihre Ideen. Die Bauern sind überschuldet, der Marktwert ihrer Produkte ist katastrophal gefallen. Handel und Industrie winden sich in der Krise. Arbeitslosigkeit macht sich breit, die wirtschaftliche und moralische Depression ist allgemein. Damit ist den Bestrebungen der Diktatur ein günstiger Boden geschaffen. Die Unpopularität der Rechtsparteien und die Ergebnislosigkeit des national-zarunistischen Regierens werden gegen die Demokratie ausgespielt. Wir brauchen neue Männer, wird verkündet, Männer der starken Hand.

Bedeutet dies, daß die Diktatur in Rumänien vor der Tür steht? Das wohl nicht. Aber es bedeutet, daß die psychologischen Vorbedingungen und die allgemeine Situation diktatorische Bestrebungen zwangsläufig begünstigen. Noch fehlt es an den Männern, die das Zeug zu Diktatoren in sich hätten. Grigore Filipescu, der mit seiner Liga „Tepes Voda“ nach einem Mussolini schreit, die paar Abenteuerer um Carol, die auf mehr Macht und Ehre hoffen, die paar Generale, deren Ehrgeiz kein Betätigungsfeld findet — sie alle sind an sich keine Gefahr für die Demokratie. Die Gefahr liegt in der Situation selbst, und sie wird immer größer werden, wenn es der Regierung nicht gelingt, irgendetwas gegen die Wirtschaftskrise,

vor allem gegen die Ueberschuldung der Bauern, für den Abzug der Agrarprodukte und für die Belebung des Kapitalmarktes zu schaffen. Es ist mehr als bezeichnend, daß aus liberalen Kreisen die Einigung aller Parteien gegen alle Diktaturgelüste angetregt wurde.

Borerst freilich scheint nichts zu befürchten zu sein. Nach will der König, auf dessen Konstitutionalismus hier niemand mehr schwört, mit den bestehenden Parteien mandorieren; er hofft — wie man sagt — die Nationalsozialisten spalten zu können, um so eine neue regierungsfähige Partei zu erhalten und durch eine Konzentrationsregierung Spielraum für die Entwicklung einer neuen politischen Konstellation zu schaffen. Jedenfalls können gegenwärtig nur mehr oder minder wichtige Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts erwartet werden, ohne daß Neuwahlen vor dem Frühjahr wahrscheinlich wären. Aber die Gefahr schwebt in der Luft, sie ist nicht zu leugnen. Rumäniens junge Demokratie steht vor einem schweren Wendepunkt. Es geht ums Ganze!

Thälmann wird es tun!

Führertum der KPD-Führung.

Wir lesen in der rechtskommunistischen Zeitschrift „Segen den Strom“:

„Wenn bei den Nationalsozialisten ein Führertum mit dem Abenteuer Hitler betrieben wird, so ist das insofern in Ordnung, als die blinde Anbetung der Führer einen wesentlichen Bestandteil der faschistischen Ideologie bildet. Wenn aber die KPD-Führung diesen faschistischen Führertum nachahmt, so ist das ein beispielloses Skandal für eine revolutionäre, marxistische, proletarische Partei, der auch dadurch nicht besser wird, daß man sich auf das Beispiel der KPSD beruft, wo die Parteibürokratie geschmacklos Tänze um die Person Stalins aufführt.“

Wir bringen hier einige Proben der persönlichen Reklame, die die KPD-Führung während des Wahlkampfes für den traurigen Helden des Wiltorf-Skandals, Ernst Thälmann, veranstaltete.

In dem Bericht der „Roten Fahne“ über die Thälmann-Veranstaltung im Berliner Sportpalast heißt es:

„Immer wieder brandete das Händeklatschen, das begeisterte Rufen, der Gruß für Ernst Thälmann, als Ausdruck nicht nur der Begeisterung, sondern der proletarischen Liebe der Massen zu ihrem revolutionären Führer.“

In diesem Stil geht es spaltenlang weiter. Den Vogel abgeschossen oder, um mit Thälmann zu sprechen, dem Fuß die Krone aufgesetzt, hat zweifellos die „Sozialistische Republik“, das Kölner Parteiblatt. Dort heißt es im Leitartikel vom 23. August:

„Banten, Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Handelspaläste enteignen und in den Besitz der schaffenden Massen überführen, das Band den Junkern wegnehmen und dem werksichtigen Handvoll geben, die imperialistischen Raub- und Tributverträge von Versailles bis Haag zerreißen, die Wucherer und Steuerhinterziehenden Millionäre durch Volksgerichte aburteilen lassen — kein Hindenburg, kein Hitler, kein Brüning tut es, Thälmann wird es tun.“

Marx war doch auf dem Holzwege. Jetzt wissen wir es: Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk Ernst Thälmanns sein.

Die Sache ist aber nicht nur lächerlich, sondern hat auch ihre ernste Seite. Die Nachahmung der faschistischen Ideologie von dem „Ketter“ muß die Passivität in den Massen verstärken; eine wirkliche revolutionäre Führung hat nicht die Aufgabe, Reklame für sich zu machen, sondern die Massen vom Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft zu erfüllen, ihnen beizubringen, daß ihnen niemand helfen kann, wenn sie sich nicht selber helfen.“

Nach Tische...

Differente Liebenswürdigkeiten für Eugen Berg.

München, 18. September. (Eigenbericht.)

Hillers letzte Münchener „Verfassungsrede“ scheint in seinen eigenen Kreisen auf heftigen Widerstand gestoßen zu sein, jedoch es notwendig erscheint, ihr ein Kommentar nachzusenden. So schreibt er am Freitag im „Völkischen Beobachter“ im Zusammenhang mit dem Bericht einer kommenden Fraktionsgemeinschaft der Razi mit Eugen Berg, daß jetzt wieder die Zeit gekommen sei, die notwendige Distanz den Deutschnationalen gegenüber herzustellen. Wörtlich heißt es dann: „Wir Nationalsozialisten sind eine sozialrevolutionäre Partei, die Deutschnationalen dagegen aber eine sozialreaktionäre Partei, und dieser Unterschied bleibt unverrückbar bestehen. Deshalb ist eine Fraktionsgemeinschaft absolut undiskutabel.“

Das Märchen vom Bischofsdom.

Eine fette Zeitungsent.

Ein kommunistisches Spätabendblatt in Berlin will wissen, daß Reichstagsminister Dr. Brüning, Ministerpräsident Dr. Braun und Bischof Dr. Schreiber sich über den Bau eines Bischofsdoms am Platz der Republik in Berlin geeinigt hätten. Die „auf Grund des Kontrats für den Bau von 440 katholischen Kirchen bestimmten 327 Millionen“ und ein Reichszusatz von annähernd einer halben Milliarde sollten dazu verwendet werden.

Diese Nachricht ist, wie der Amiliche Preussische Pressedienst feststellt, von A. bis Z. erfunden. Ein solcher Plan ist von keiner Seite diskutiert worden, ist aber auch völlig indiskutabel. Ganz abwegig ist namentlich die Bemerkung über die im Kontrats angeblich bereitgestellten 327 Millionen. Der Kirchenvertrag weist für den Bau von Kirchen keinen Pfennig aus, die in ihm festgelegten Staatsleistungen für sämtliche Diözesen Preußens belaufen sich noch nicht auf den hundertsten Teil jener Millionensumme.

Haftbefehl gegen Max Hölz.

Gegen Vergehen gegen das Republikshutzgesetz.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden aus Falkenstein: Gegen den Kommunisten Max Hölz ist vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg Haftbefehl erlassen worden. Hölz hat sich eines Vergehens gegen das Republikshutzgesetz und das Reichsstrafgesetzbuch schuldig gemacht. Der augenblickliche Aufenthalt von Hölz ist unbekannt. Am Sonntag wurde Hölz in Falkenstein, wo er sich bis jetzt aufgehalten hatte, von seinen Anhängern ein Fackelzug dargebracht. Bei dieser Gelegenheit verabschiedete sich Hölz von den Falkensteinern durch eine Ansprache. Er wollte angeblich nach Berlin übersiedeln.

Geheimfonds der Bundesbahnen.

Korruption im Strafella-Prozess aufgedeckt.

In der obersten Leitung der österreichischen Bundesbahnen ist vor etwa dreizehn Jahren ein Wechsel eingetreten. Präsident Günther trat infolge des Krachs der Bodenkreditanstalt zurück, deren Leitung er angehört hatte. Sofort setzten gewisse Leute mit starken Anstrengungen ein, um dem Grazer Bizebürgermeister Strafella dieses hohe Amt zu verschaffen. Als „Befähigungsnachweis“ wurde der — Lokalbahnaktienbesitz dieses Heimwehrprotektors und seine Bizebürgermeisterliche „Leitung“ der Grazer Straßenbahn angeführt. Nach heftigen Kämpfen, die fast eine Regierungskrise herbeigeführt hätten, wurde jedoch der alte Verkehrsadmiral Banhans, der schon in der Monarchie das Eisenbahnwesen geleitet hatte, Präsident. Nun sollte Strafella Generaldirektor an Stelle des Ingenieurs Foesl werden, der zwar ein rechtsstehender Mann ist, aber kein Scharfmacher, und der wegen seines guten Verhältnisses zum Personal von dem Seipel-Blatt „Reichspost“ so angegriffen wurde, daß er freiwillig sein Amt aufgab.

Gegen die Strafella-Treibereien veröffentlichte nun die „Arbeiter-Zeitung“ am 13. Mai einen Artikel: „Warum Strafella Generaldirektor der Bundesbahnen werden soll?“ mit dem Untertitel: „Ein Geheimfonds, über den der junge Mann des Herrn Rintelen (des Landeshauptmanns und Heimwehrhauptlings, Red.) verfügen soll. Die Bundesbahnen sollen den christlichsozialen Walfonds und die Heimwehr finanzieren. Strafellas Sanierungsplan“.

In diesem Aufsatz wurde von Strafella gesagt, daß er die Bundesbahnen als eine Reklame für die christlichsoziale Partei, für ihren Walfonds und nicht zuletzt für den Kriegsschatz der Heimwehr betrachten könnte. Unter der Ueberschrift

„Das Konto separato“

wurde ausgeführt, daß seit einigen Jahren ein nichtkontrollierter Geheimfonds, das „Konto separato“, bestünde. Dieser schwarze Fonds, der bisher von persönlich korrekten Männern verwaltet worden sei, besitze mehr als 400 000 Schilling. Es gehe nun der Kampf um die Verfügung über diesen Fonds. Diejenigen, die die Ernennung Strafellas als hochpolitische Sache betrieben, wollten dem Günstling des Herrn Rintelen die Verfügung über diesen schwarzen Fonds sichern.

Weiter wurde von Dr. Strafella behauptet, daß er, der bisher viele Lokalbahnaktien besaß, in den letzten Monaten die meisten Lokalbahnaktien zusammengekauft habe. Es sei selbstverständlich, daß ein den Lokalbahnen gutgesinnter Generaldirektor der Bundesbahnen diesen Bahnen unerhörte Vorteile zuwenden und dadurch auch den Wert der Lokalbahnaktien, die er besitze, außerordentlich steigern würde. Der Artikel schloß mit der Behauptung, daß mit der Ernennung Strafellas zum Generaldirektor der Bundesbahnen der Grund zu einer schändlichen Korruption gelegt werde.

Strafella verlegte den verantwortlichen Redakteur Dr. Oskar Pollak. Dieser trat durch seinen Verteidiger, Abg. Dr. Eiser, Graz, den Wahrheitsbeweis an.

In der Verhandlung vor dem Presserichter Dr. Powlak wurde zunächst eine protokolllarische Aussage des Innenministers Dr. Schunzler verlesen. Danach hat vor einigen Monaten Dr. Rintelen dem Zeugen erklärt, er wäre für die Kandidatur des Sektionschefs Enderes zum Präsidenten der Bundesbahnen, doch möchte er erfahren, ob Sektionschef Enderes bereit wäre, Dr. Strafella zum Generaldirektor zu ernennen. Minister Schunzler machte nun, da ihm die Stellungnahme Dr. Enderes in dieser Frage nicht bekannt war, Rintelen den Vorschlag, eine mündliche Aussprache zwischen Enderes und Strafella herbeizuführen. Nach dieser Besprechung berichtete Enderes, daß Strafella zwar ein intelligenter, energischer, vitaler Mann sei, daß aber seine fachlichen Fähigkeiten und Erfahrungen nicht dazu hinreichen, um ihn zum Generaldirektor bestellen zu können. Hätte er aber einige Jahre Gelegenheit, sich in die Geschäfte einzuführen zu lassen, dann wäre es immerhin möglich, ihn später mit dieser Funktion zu betrauen. Das hielt Enderes auch Rintelen gegenüber aufrecht. Aus Gesprächen mit Schöber und Vaugoin hat Schunzler entnommen, daß Rintelen die Kandidatur Strafellas aufrechterhalte.

Zeugenaussage Vaugoins.

Bizekanzler Vaugoin gab an, daß ihm über die Geheimfonds der Bundesbahnen nichts bekannt gewesen sei. Vaugoin gab zu, daß er Strafella zum Generaldirektor vorgeschlagen habe.

Dr. Eiser: Haben Sie mit Strafella über die Angriffe, die gegen ihn in den Zeitungen erhoben wurden, gar nicht gesprochen? — Zeuge Vaugoin: Ja, so ganz allgemein; wenn ein Angriff gegen ihn erhoben wurde, habe ich ihn so im Vorbeigehen gefragt, und er hat mich aufgeklärt. Ich persönlich trage ja jedesmal so oft als möglich.

Präsident Dr. Banhans über den Geheimfonds:

Als ich das Amt des Präsidenten übernommen habe, am 16. März 1930, trat der Generaldirektor Foesl freiwillig zurück. Er machte mich darauf aufmerksam, daß ein Konto separato bestünde, über das nur der Präsident und der Generaldirektor das

Verfügungsrecht haben. Er hat mir gesagt, daß aus diesem Konto Spenden, Remunerationen usw. gegeben wurden. Ich habe Ingenieur Sedlak beauftragt, sich um das Konto zu kümmern und mir Aufschluß zu geben. Er hat mir nach einiger Zeit gesagt, daß der Vorstand der Bundesbahnen von diesem Konto separato nichts wüßte. Ich habe nun Sedlak ersucht, daß er und der Vorstand sich mit diesem Konto separato beschäftigen sollen, um dessen Höhe festzustellen, seine Quellen und seinen Zweck aufzudecken. Das hätte längere Zeit gebraucht.

Es hat sich nun herausgestellt, daß das Konto im Jahre 1925 entstanden ist, und zwar bestand es aus einem Konto bei der Bodenkreditanstalt und aus einem zweiten Konto bei der Firma Ruz, Bloch u. Co. Das Konto bei der Bodenkreditanstalt bestand bis 1929, wurde dann aufgelöst und ein Betrag von 16 000 Schilling wurde von der Bodenkreditanstalt auf das Konto bei der Firma Ruz, Bloch u. Co. übertragen. Entstanden sind diese Konten durch

Einzahlungen von Firmen, und zwar als Differenz zwischen den Fakturenbeträgen und tatsächlichen Zahlungen.

Diese Aussage bestätigt den Verdacht, daß dieser Geheimfonds korrupter Natur ist.

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages wurde der Kabinetsbeschluss bekannt, den Befund der interministeriellen Untersuchungskommission über den Geheimfonds der Staatsanwaltschaft zu übergeben — was Vaugoin in seiner Zeugenaussage für den Fall angekündigt hatte, daß sich Unklarheiten herausstellen sollten. Zu Beginn der Verhandlung stellte der Richter fest, daß es sich in dem Prozeß nicht um eine Strafuntersuchung gegen leitende Funktionäre der Bundesbahnen handle, sondern um eine Ehrenbeleidigungsklage Dr. Strafellas gegen die „Arbeiter-Zeitung“, und lehnte aus diesem Grunde die vom Klagevertreter und vom Verteidiger beantragte Vernehmung zahlreicher Vertreter von Kohlenlieferungsfirmen für die Bundesbahnen ab. Der Klagevertreter Dr. Gürtler, Präsident des Nationalrats, betonte, daß unter den beantragten Zeugen Personen find, die

leitende Stellen bei den Bundesbahnen bekleiden und gleichzeitig Funktionäre der Firmen, die mit Kohlenlieferungen für die Bundesbahnen beauftragt würden.

Die Vertreter beider Parteien erklärten es als unerlässlich, daß mit Rücksicht auf den Befund des Ministerrats Präsident Banhans und Generaldirektor a. D. Foesl noch einmal vernommen werden. Der Richter erklärte jedoch, daß er keinen Anlaß habe, seine Befehlsfassung über die Vernehmung weiterer Zeugen zu ändern.

Der Prozeß dauert noch an.

Das Ministerium packt aus.

Wien, 18. September.

Das Handelsministerium bestätigt und ergänzt in einer ausführlichen Mitteilung an die Presse die im Prozeß Strafella vorgebrachten Beobachtungen über den Geheimfonds der Bundesbahnen. Das Geheimkonto bei der Bodenkreditanstalt hatte danach einen Umsatz von rund 328 000 Schilling, das Konto beim Bankhaus Bloch u. Co. hatte binnen zwei Jahren Eingänge von 840 000 Schilling. Beide Konten werden als Kohlenkonten bezeichnet. Ihre Eingänge bestanden aus Preisnachlässen, Vergütungen und ähnlichen Zahlungen der Lieferanten der Bundesbahnen, und zwar in erster Linie von Kohlenlieferanten. Hierzu hat im Prozeß Strafella am Donnerstag Dr. Gürtler behauptet, daß der frühere Präsident Günther in erster Linie bei solchen Kohlenfirmen Bestellungen aufgegeben habe, deren Verwaltungsrat er angehörte, billigere Angebote anderer Firmen seien dabei unberücksichtigt geblieben und Banhans habe die Bewilligung größerer Beträge aus dem Geheimfonds zugelassen.

Ueber die Zahlungen aus dem Geheimfonds gibt die Mitteilung des Handelsministeriums genauere Aufschlüsse. So seien

dem Jockeyklub (feudaler Spiel- und Rennvertrieb) in 3 Raten 375 000 Schilling zugewendet

worden. Neben dem Ehrengeld für den Präsidenten Günther im Werte von 37 000 Schilling und der Abfertigung von 80 000 Schilling an den ausscheidenden Generaldirektor. Rasch seien eine Reihe anderer beträchtlicher Zuwendungen hohen Beamten der Bundesbahnen gemacht worden. Generaldirektor Rasch habe vor seinem Ausscheiden 30 000 Schilling erhalten, die gleiche Summe habe sein Nachfolger Foesl in seiner Eigenschaft als Beschaffungsdirektor erhalten. Die übrigen Vorstandsmitglieder hätten je 20 000 Schilling und die übrigen hohen Beamten der Bundesbahnenverwaltung Beträge von 10 000 bis 20 000 Schilling bekommen. Die Zahlungen seien im Oktober 1927 auf Weisung des Präsidenten Günther vorgenommen worden. Im Oktober 1928 seien wiederum 200 000 Schilling als Sondervergütungen an denselben Personenkreis verteilt worden.

Thüringische Koalitionsfreunde.

Brutale Drohungen der Razi gegen die Volkspartei.

Weimar, 18. September.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hatte in einer Erklärung festgestellt, daß der Ausgang der Reichstagswahlen insbesondere für das Land Thüringen eine Vertrauensgebung für die Tätigkeit des Ministers Dr. Frid und für die Fraktion selbst bedeute. Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei, wie sie von dieser bekanntlich bei dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen Minister Dr. Frid geübt worden ist, würde nicht mehr geduldet. Entweder sei die Volkspartei für ein bewußt nationales Thüringen oder sie sei ein willkürliches Werkzeug der Sozialdemokraten. Würde eine in der Regierung vertretene Partei durch unfaulichen Kampf gegen die Nationalsozialisten die Geschäfte des Marxismus oder des Bolschewismus besorgen, so seien die Nationalsozialisten in Thüringen bereit, einen neuen Wahlkampf zu führen.

Die Deutsche Volkspartei antwortet jetzt mit einer Gegenerklärung. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Deutsche Volkspartei in der Bekämpfung des sozialdemokratischen und kommunistischen Radikalismus seit der Revolution in vorderster Linie gestanden habe, läßt es es eine nationalsozialistische Partei geben habe, werde man über den Vorwurf der Nationalsozialisten, die Volkspartei habe durch ihr Verhalten die Geschäfte des Marxismus und Bolschewismus besorgt, mit einem Lächeln hinweggehen

können. Die Entscheidung darüber, wie die Volkspartei künftig ihre Politik treiben werde, sei ganz allein ihre Sache. Belehrungen darüber von den Nationalsozialisten lehne die Deutsche Volkspartei entschieden ab.

Notverordnung und Kriegeschädigte.

Milderungen für Kranke in Aussicht genommen.

Die Verbände der Kriegeschädigten sind, wie wir hören, an zuständiger Stelle wegen einer Befreiung der erkrankten Kriegeschädigten von den neuen Gebühren für Krankenscheine und ärztliche Beratungen vorstellig geworden. An zuständiger Stelle sei eine Milderung dieser Bestimmungen in Aussicht genommen und mit dem Erlass einer neuen Verordnung zu rechnen.

Tagung des Preussischen Staatsrats.

Der preussische Staatsrat tritt am Dienstag zu einem Tagungsabschnitt zusammen, der vier Tage dauern soll. Hauptgegenstand der Beratungen werden die preussischen Ausführungsvorordnungen zur Notverordnung des Reichspräsidenten sein, und zwar zur Durchführung der Bürgerabgabe, zur Gemeindefisksteuer und Gemeindegetränksteuer sowie zur Verordnung über die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen.

Stahlhelm gegen Jungdo.

Düsterberg befreit jede Verhandlung mit Franzosen.

Halle, 18. September. (Eigenbericht.)

Vor dem Einzelrichter des Gerichts Halle wurde am Donnerstag eine Privatklage des zweiten Bundesführers des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Düsterberg, gegen den Geschäftsführer des Jungdeutschen Ordens Bornemann und den verantwortlichen Redakteur des „Jungdeutschen“, Hauptschriftleiter Pastenaci, wegen Beleidigung verhandelt. Dem Prozeß kommt besondere Bedeutung zu, weil durch ihn festgestellt werden soll, ob der Stahlhelm mit Franzosen in Verbindung getreten ist oder nicht.

Als der Jungdeutsche Orden vor mehreren Jahren aus der sogenannten vaterländischen Front ausgebrochen war und sich zur Verständigungspolitik mit den Franzosen bekannte, stellte er in der Abwehr gegen den Stahlhelm die Behauptung auf, daß auch

der Stahlhelm seinerzeit mit den Franzosen in Verbindung getreten

sei. Der Stahlhelm machte dem Jungdo daraus einen schweren Vorwurf und behauptete, es sei würdelos, mit den Franzosen zu verhandeln, solange noch französisches Militär auf deutschem Boden stünde.

In einer Frühertagung des Stahlhelms bezeichnete Oberstleutnant a. D. Düsterberg jene Veröffentlichung des Jungdo als unmaß und erklärte unter Bezug auf sein Ehrenwort, der Stahlhelm habe niemals mit den Franzosen verhandelt. Dieses Ehrenwort wiederum bezeichnete der Geschäftsführer des Jungdeutschen als unmaß. Ferner wurde behauptet, General von der Lippe, der ehemalige Vorsitzende des Ostmarkenvereins und der bekannte Industrielle Redberg und Freiherr von Ramezan seien Anfang 1929 mit dem Bundesführer des Stahlhelms Düsterberg in einer von General v. d. Lippe erzielten Unterredung mit französischen Offizieren zusammengetreten. Im Frühjahr 1929 seien die beiden Bundesführer Seditz und Düsterberg in der Wohnung eines Stahlhelmkameraden von Redberg und Freiherrn von Ramezan begrüßt worden. Der Privatkläger Düsterberg gibt diese Tatsache zu, behauptet aber, daß die Bundesführer

lediglich aus Höflichkeit

die beiden ihnen bisher unbekanntem Herren angehört hätten.

Düsterberg lehnte einen vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich mit dem Bemerkten ab, daß er sich mit einer Erklärung nicht zufrieden geben könne. Am späten Nachmittag wurde die Beweisaufnahme geschlossen und in eine Pause getreten.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Die beiden Angeklagten Bornemann und Pastenaci wurden wegen Beleidigung in einem Falle zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der tapfere Heinz Neumann.

Und die feigen sonstigen kommunistischen Abgeordneten.

Wesern fand in Köpenick ein Landfriedensbruchprozeß gegen drei Kommunisten, darunter den neugewählten Reichstagsabgeordneten Heinz Neumann statt. Näheres finden unsere Leser darüber im lokalen Teil dieser Ausgabe. Die kommunistische „Welt am Abend“ des Reichstagsabgeordneten Münzberg bemerkt eingangs ihres Berichtes im Feuilleton:

„Heinz Neumann hat, was für einen kommunistischen Führer eine Selbstverständlichkeit ist — aber im Gegensatz zum feigen Verhalten der Goebbels und Konforten betont werden muß — freimütig auf seine Immunität verzichtet, um seine beiden Parteikameraden im Kampf gegen die Klassenjustiz zu unterstützen.“

Diese Feststellung der „Welt am Abend“ ist außerordentlich interessant. Seit Jahren mußte man es immer wieder erleben, daß kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete einen hartnäckigen Kampf mit allen Mitteln zur Verteidigung ihrer Immunität führten, um sich Strafverfolgungen zu entziehen. Wir denken dabei nicht nur daran, daß zahlreiche Abgeordnete wie Scheller, Gohle und andere für Dupende von Partei- und Betriebszeitungen im ganzen Reich „verantwortlich“ zeichnen, um so die Ehre ihrer Mitmenschen ungefährdet besudeln zu können, oder zu strafbaren Handlungen anzufordern. Jedesmal, wenn ein Verleumdeter Strafantrag stellt, verfrachten sich diese müßigen Volkspolizei hinter ihre Immunität. Und in den wenigen allzu selten Fällen, in denen der Geschäftsausschuss und sodann das Plenum die Immunität aufhob, schrien die Kommunisten Jeter und Mordlo und stimmten, stets in trautem Verein mit den Nationalsozialisten, dagegen.

Wir denken vor allem an das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten, die als Mitglieder der KPD-Zentrale sehr gefährliche Strafverfahren zu gewärtigen hatten. Wie haben sie damals auf ihre Immunität gepöchtelt! Noch in den letzten Wochen des alten Reichstags haben sich die Kommunisten nicht geschämt, für die Amnestie zugunsten der Fememörder zu stimmen, nur weil ihnen der Reichsjustizminister des Bürgerblocks, Dr. Bredt, die Niederschlagung des Verfahrens, die eifrige KPD-Abgeordnete betraf, unter der Hand als Gegenleistung in Aussicht gestellt hatte.

Aber jetzt wird es anders werden! Heinz Neumann geht mit gutem Beispiel voran. Heinz Neumann ist tapfer. Der Verzicht auf die Immunität ist fortan für einen Kommunistenführer eine „Selbstverständlichkeit“. Kommunisten sind eben „nicht so feige wie die Goebbels und Konforten“.

Wir wollen uns den Ausspruch der „Welt am Abend“ für die Zukunft sorgfältig merken. Die Stöcker, Schneller und sonstigen KPD-Großen aber, die auf ihre Immunität bisher einen so großen Wert legten, werden beim Leben der „Welt am Abend“ das Münzberg-Blatt und dessen Redakteur mit dem klassischen Ausruf des verstorbenen Abg. Höllein gegenüber seinem Fraktionstollegen Maddalena verflucht haben: „Du Rindvieh!“

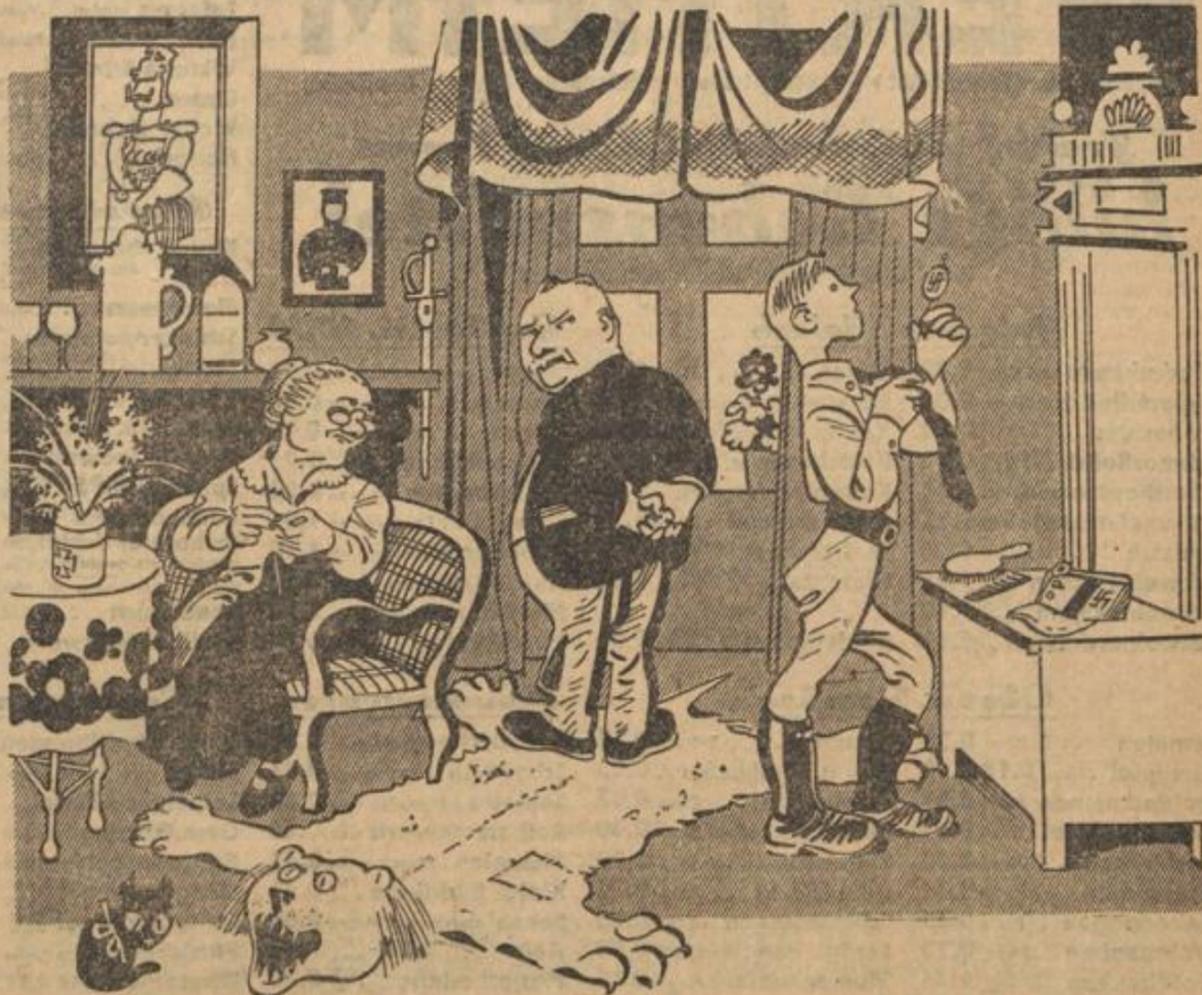
Groener über die Reichswehr.

„Ein zuverlässiges Werkzeug der Reichsgewalt.“

München, 18. September.

Nach Beendigung der Reichswehrübungen hielt Reichswehrminister Groener vor den Mandatbergehenden eine Ansprache, in der er sagte, das Ausmaß dieser Übungen sei ein Beweis dafür gewesen, bis zu welchem Grade Deutschland abgerüstet sei. Der Minister stellte die umfangreichen Manöver Frankreichs in Vergleich zu den deutschen Übungen, bei denen Tankatropfen und Holzgeschütze, keine schweren Geschütze und keine Flieger zu sehen gewesen seien. Väterlich sei die Annahme, Deutschland könne mit ausländischer Hilfe seine Rüstungen erweitern. Mit aller Schärfe wies der Minister das Gerücht zurück, die Reichswehr treibe eine besondere Außenpolitik. Diese werde einzig und allein vom Reichskanzler und Außenminister bestimmt. „Wir sind abgerüstet“

Der grobe Unfug.



„In der Schule hat er nicht lernen wollen. Aus der Lehre ist er rausgeschmissen. Bei jeder Schlägerei ist er mang. Un' nu ist er obendrinn noch Abgeordneter bei de Nazis geworden. Ja fahre ja, nicht wie Unfug hat der Bengel im Kopf.“

Verschärfter Streik in Barcelona.

Arbeiterredakteur verhaftet. / Studenten solidarisch. / Soldaten als Müllkutscher.

Madrid, 18. September. (Eigenbericht.)

In Barcelona und Umgebung ist zur Zeit ein Generalstreik im Gange, der sich seit Donnerstag wesentlich verschärft hat. So sind die Redakteure des Arbeiterblattes „Solidaridad“ verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden. Auch zahlreiche streikende Arbeiter und Frauen wurden festgenommen. Außerdem hat die Regierung die Verhaftung der Streikführer befohlen, die bisher jedoch nicht durchgeführt werden konnte. Inzwischen haben sich die Studenten der Stadt Barcelona mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

Die Straßen der Stadt bieten infolge des Streiks der städtischen Reinigungsarbeiter ein Bild unbeschreiblichen Schmutzes, da die Einwohner allen Hausmüll einfach auf die Straße werfen. Der Militärgouverneur hat für Freitag die Garnison alarmiert, um die Müllabfuhr wenigstens provisorisch

sicherzustellen. Auch die Straßenbahnen sollen von Soldaten wieder in Gang gebracht werden.

Spaniens Sozialisten für Republik.

Madrid, 18. September.

Das Nationalkomitee der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei hat sich in seiner heutigen Sitzung von neuem bereit erklärt, an jeder ernsthaften Aktion teilzunehmen, die durch andere politische Elemente unternommen würde, um die Errichtung eines republikanischen Regimes in Spanien herbeizuführen. Es wird ein Unterkomitee gebildet werden, das die Frage der Zusammenarbeit mit anderen, in diesem Sinne agierenden Parteien prüfen soll. Der Nationalkongress des spanischen Gewerkschaftsbundes, der am 18. Oktober in Madrid zusammentritt, wird wahrscheinlich diese Frage auf seine Tagesordnung legen.

folgte Herr Groener, „und fordern mit größtem Nachdruck, wie es auch der englische Außenminister in Genf getan hat, daß auch die anderen Staaten der von ihnen feierlich übernommenen Verpflichtung zur Abrüstung endlich nachkommen.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Minister auf das Verhältnis der Reichswehr zum Staat zu sprechen und sagte u. a.:

„Was ist in den letzten Monaten nicht alles über die Reichswehr zusammengefallen worden, über diktatorlästerne Generale, politische Unzuverlässigkeiten usw. Aber sind nicht diese Angriffe auf die zahlenmäßig kleine Reichswehr eine Bestätigung und Anerkennung der wachsenden Bedeutung der Wehrmacht im Staat? Diese Bedeutung hat die Reichswehr erlangt durch ihre klare politische Linie, die darin besteht, daß sie abseits aller Parteipolitik nur der Idee des Staates dient. Diesen Weg wird die Reichswehr auch in Zukunft weitergehen, und ich bin überzeugt, daß dieser Weg der allein richtige und mögliche ist. Wirken Sie für die Berufsauffassung der Reichswehr, abseits aller Parteipolitik nur dem Vaterlande zu dienen, dann vertreten Sie den Geist aufopfernder und stiller Arbeit. Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung dürfen nicht Parteiliche sein. Es ist das Ziel meines Strebens und mein inniger Wunsch, daß es uns gelingen möge, weiterhin die Wehrmacht vollkommen herauszuheben über den Streit der Parteien. In ihr sind alle Gegensätze durch Selbstzucht und Gehorsam überwunden. Sie ist und will nichts anderes sein als ein zuverlässiges Werkzeug der Reichsgewalt in der Hand des Reichspräsidenten.“

Wendung in China?

Nordregierung angeblich zusammengebrochen.

Schanghai, 18. September. (Eigenbericht.)

Die Nanjing-Regierung meldet den bevorstehenden militärischen Zusammenbruch ihrer Gegner, der Nordkoalition. General Yen, Gouverneur von Schansi und Präsident der neu gegründeten Peking-Regierung, sei von seinem Posten zurückgetreten und beabsichtige ins Ausland zu gehen. Die Nanjing-Regierung sammelt in der Mandchurien neue Truppen, um, wie sie behauptet, Tientsin und Peking zu besetzen, sobald der Zusammenbruch der Nordkoalition vollständig wäre. Tschiangkai-schek sende einen Junkpruch, der den Abzug des kaiserlichen Generals Feng aus der Gegend von Honan und das bevorstehende Ende der Kämpfe meldet.

Sollten sich diese Siegesnachrichten bewahrheiten, so wäre der diesjährige Feldzug der chinesischen Oppositionsparteien und ihrer Armeen gegen Nanjing gescheitert. Doch aber damit die Kämpfe in China aufhören werden, ist ein allzu optimistischer Traum. Vielleicht wird mit der Einnahme von Tientsin und Peking, wenn Nanjing die Kraft dazu aufbringen sollte, der Feldzug für dieses Jahr ein Ende haben. Der Krieg wird aber neu ausbrechen und dafür sorgt schon die benachbarte Macht und die von ihr ausgehaltenen Generale. Solange die chinesische Revolution nicht beendet ist, werden auch die Kämpfe andauern. Ein Ende der Revolution und des gegenwärtigen chinesischen Chaos ist aber nur denkbar, wenn den Millionen hungernden und verhungerten Bauernmassen der Weg zur Emanzipation durch die Enteignung des Großgrundbesitzes nicht freigegeben wird.

Der Pilsudski-Kurs.

Schon Majestätsbeleidigungsprozesse. — Wahlaufreue beschlagnahmt.

Warschau, 18. September. (Eigenbericht.)

Auf Grund der Aussage des Lubliner Starosten (Stadtrichters), des Polizeikommandanten, eines Polizeioffiziers und eines Kriminalpolizisten, die als Belastungszeugen auftraten, ist die Abgeordnete Frau Roscowska (Bauernpartei, Befreiung), die während der Rundgebungen am Sonntag in Lublin verhaftet wurde, vom Bezirksgericht zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beleidigung Pilsudskis verurteilt worden.

Die Wahlaufreue der sozialistischen und der nationaldemokratischen Partei wurden in Warschau beschlagnahmt.

Die russische Regierung ließ in Paris durch ihren Botschafter Donskowskij gegen die Teilnahme von Emigranten in Uniform an einer Parade vor dem Grabmal des unbekanntem Soldaten protestieren. Staatssekretär Perhelot versprach, der Sache nachzugehen.

Dr. Schiemann scheidet aus dem Parlament aus. Der deutsch-baltische Abgeordnete und Führer der Deutschen Fraktion im lettischen Parlament Dr. Schiemann hat mit Rücksicht auf seine Erkrankung, die einen mindestens halbjährigen Aufenthalt in Dossos notwendig macht, der Deutschen Fraktion sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung gestellt.

Maulhelden möchten Berlin regieren

Kommunistische Brandrede im Rathaus — „Vorwärts“ liegt ihnen schwer im Magen

Was die kommunistische Stadtverordnetenfraktion am Dienstag noch verdammt hat und was ihr Unlutz zu wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokraten bis zum Auffliegen der Versammlung war, hat sie gestern treu und brav als richtig anerkannt. Daß diesem Einsicheln konnte die gestrige Sitzung des Stadtparlamentes in ruhiger, sachlicher Arbeit zu Ende geführt werden und die Kommunisten konnten trotzdem ihre Rede gegen die Brüning-Regierung vom Stapel lassen. Bei vernünftiger Einstellung hätten sie das alles schon am Dienstag haben können. Für die kommunistische Fraktion sprach, besser schrieb Herr Kasper seinen Sermon in den Sälen. Seine Rede zeigte, wie sehr den Herren die Aufdeckung ihrer sauberen Doppeltrolle durch den „Vorwärts“ auf die Nerven gefallen ist. So wurde die Rede gegen die Brüning-Regierung zu einer einzigen Brandrede gegen die Sozialdemokratie und den „Vorwärts“. Hin und wieder brüllte der Psychopate Lange etwas von „Alle Mann löpfe“ und „Sowjetdeutschland wird es euch zeigen“ dazwischen. Mögen sich die Hofardeure nicht läuschen: Die Sozialdemokratie wird die Arbeiterschaft vor der faschistischen Diktatur ebenso zu schützen wissen wie vor der Verwirklichung der verbrecherischen Pläne unfähiger Maulhelden.

Die längste Zeit in den Verhandlungen der gestrigen Stadtverordnetenversammlung nahm die Beratung der kommunistischen Anträge gegen die Steuernotverordnungen der Regierung Brüning und gegen die Steuererhöhungen durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg aus Anlaß der Ablehnung des Steuerverteilungsschlusses bei den letzten Etatberatungen ein. Stadtverordneter Kasper (Komm.) wandte sich eingangs seiner Ausführungen gegen den „Vorwärts“, dessen aufklärende Berichterstattung sein Mißfallen gefunden hatte. In fast 1 1/2-stündiger Rede schob er der Sozialdemokratie alle Schuld an den Maßnahmen der Brüning-Regierung zu; in dem fast geleerten Hause fand er lediglich bei seinen Fraktionsgenossen Beifall.

In wirkungsloser Weise wurde die Demagogie des kommunistischen Redners durch den

Stadtverordneten Riese (Soz.)

abgeferligt. Die „Rote Fahne“, so erklärte Riese, könne man wirklich nicht als das Muster einer Zeitung mit objektiver Berichterstattung hinstellen. Aus der Fülle des vorliegenden Materials griff der Redner einen Vorgang heraus: Am Dienstag hat der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten, Riese, den von den Nationalsozialisten gestellten Antrag auf Auflösung der Stadtverordnetenversammlung mit der Begründung abgelehnt, daß die Folge der Auflösung eine „Falschführung der Stadtwirtschaft“ wäre; die „Rote Fahne“ berichtete darüber, daß die Sozialdemokraten eine Auflösung des Stadtparlamentes verhindert hätten. Was ist nun der Wille der Kommunisten? fragte Genosse Riese. Weiß man in der kommunistischen Fraktion nicht, was man will, aber soll man, was naheliegender ist, die Berichterstattung der „Roten Fahne“ als Lügenhaft bezeichnen. (Zurufe bei den Soz.: Das lehrt uns die Partei!) Die Sozialdemokraten, fuhr der Redner fort, sind selbstverständlich gegen die Verschlechterungen der sozialen Fürsorge durch die Regierung Brüning. Das kann hier im Stadtparlament nur bekräftigt werden, denn es ist von allen sozialdemokratischen Rednern im Reichstage und ganz besonders im Wahlkampf mit aller möglichsten Deutlichkeit gelogt worden.

Weil ein Teil der bürgerlichen Koalitionsgenossen solche Verschlechterungen schon in der Regierung der Sozialdemokraten Müller beabsichtigten, ist die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschlossen.

Gegenüber gewissen Behauptungen des kommunistischen Redners betonte Riese, daß in der Sozialdemokratischen Partei von jeher bis auf den heutigen Tag volle Diskussionsfreiheit herrscht und daß jedes Mitglied das Recht genießt, seine Ansicht in

aller Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der Behauptung des Gegenwärtigen ist diese Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, um so weniger, als gerade in der kommunistischen Partei jeder, der sich selbständiges Handeln und Denken bewahren will, rücksichtslos unter die Parteifaute gerät. Dem Protest der Kommunisten wird sich die sozialdemokratische Fraktion, soweit sie es verantworten kann, anschließen. Dabei darf aber gesagt werden, daß sich die Sozialdemokraten von den Protesten gegen Reichsgesetze in der Stadtverordnetenversammlung sehr wenig versprechen. Die Forderung oder die Aufhebung der Brüning'schen Notverordnung ist Sache des Reichstages. An der Festsetzung der Steuerzuschläge für das Etatsjahr 1930 durch den Oberpräsidenten ist die Stadtverordnetenversammlung nicht ganz unschuldig. Eine Mehrheit, die sich aus die Kommunalpolitik neigenden Parteien im Rathaus zusammenschle, hat bei den Etatberatungen in diesem Jahre den Mut gehabt, den Berliner Etat scheitern zu lassen. Die Vertreter dieser Politik mühten sich selbstverständlich im Klaren darüber sein, daß die Aufsichtsbehörde nimmermehr die Balancierung des Etats von sich aus vornehmen wird. Es steht den Kommunisten, die zu dieser Mehrheit gehörten, jetzt schlecht an, wenn sie als ersten gegen die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde protestieren. Trotzdem erachtet aber auch die sozialdemokratische Fraktion die Steuererhöhungen als eine ungeheure Härte gegen die arbeitende Bevölkerung Berlins und sie wird sich dem Protest dagegen anschließen. Was für Russland heute noch ein Experiment ist, so läßt sich unter dem großen Beifall der Sozialdemokraten der Redner, das würde für Deutschland ein ungeheures

Unglück bedeuten. Deshalb lehnen wir alle Empfehlungen auf Nachahmung russischer Verhältnisse rundweg ab.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten der Protest gegen die Bürgersteuer (Kopfststeuer) angenommen, ebenso die Nichtbilligung des Antrages, daß in der Anordnung der Steuererhöhungen mit Hilfe des § 48 durch die Brüning-Regierung ein Verfassungbruch erblickt wird. Die Aufforderung des kommunistischen Antrages, die Bevölkerung zur Verweigerung der Steuerzahlungen aufzurufen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde auch der Protest gegen die Steuererhöhungen des Oberpräsidenten. Eine schwache Mehrheit aus Kommunisten, Deutschnationalen, dem Zentrum und den Wirtschaftsparteilern beschloß ferner, beim preussischen Innenministerium die Aufhebung der oberpräsidialen Steuererhöhungen zu verlangen.

Theater der Nazis — Diäten nicht vergessen!

Vor Eintritt in die Tagesordnung erregten die Nazis für einen Augenblick das Interesse der Versammlung. Als nämlich der Vorsitzende, Genosse Hah, die Zustimmung der Versammlung zu der Erledigung der Tagesordnung nach seinen Vorschlägen stellte, glaubten die Nazis, nun auch ihrerseits irgend einen Protest nach dem Muster der Kommunisten vom letzten Dienstag vorbringen zu müssen. Herr Lippert beschwerte sich über eine „Vergeßlichkeit“ durch den Vorsitzenden, die darauf hinausläufe, die

Flugzeugkatastrophe in Stuttgart.

Luftakrobat Schindler und drei Flieger gelötet.

Auf dem Flugplatz Stuttgart-Böblingen stießen am Donnerstag nachmittag bei einer Flugzeugvorführung zwei Flugzeuge zusammen und stürzten ab. Die vier Insassen waren auf der Stelle tot. Es handelt sich um den Fluglehrer und Luftakrobaten Schindler, Hauptmann Engwer, Flugzeugführer Spengler und Monteur Sagenmeier.

Bei den Flugzeugen handelt es sich um eine Klemm-Maschine und einen Udet-Flamingo. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß der bekannte Luftakrobat Schindler von einem Flugzeug in das andere steigen wollte. Dieses Luftakrobatenstück wurde ihm seinerzeit auf dem Flugplatz Tempelhof verboten. In Böblingen wollte er es nun durchführen. Zu diesem Zweck war zwischen den beiden Flugzeugen eine Leiter befestigt worden. Das eine Flugzeug führte Hauptmann Engwer, ein alter Flieger und Leiter der Luftfahrtschule Böblingen, das andere der Böblingener Fluglehrer Spengler, der auch den Europa-Rundflug 1929 mit Erfolg mitgemacht hatte. Als Schindler aus dem unteren Flugzeug herausgestiegen war und sich an die Leiter hing, geriet die obere Maschine in eine Wöl, so daß Schindler, der bereits mehrere Sprossen der Leiter erkliegen hatte, herabstürzte. Die beiden Flugzeuge gerieten ineinander und stürzten ab.

Schindler stand vor der Hochzeit.

Freiburg, 18. September (Belohnung.)

Das tragische Ende des Freiburger Fliegers Frih Schindler auf dem Böblingener Flugplatz hat hier große Be-

stürzung hervorgerufen. Schindler stand unmittelbar vor seiner Verheiratung mit seiner langjährigen Mitarbeiterin, der bekannten Fallschirmfliegerin Hedi Schumann. Die Hochzeit sollte in der nächsten Woche stattfinden. Schindler hat im Jahre 1929 die Schindler-Flug-G.m.b.H. ins Leben gerufen, deren Aufgabe es war, durch Veranlassung von Flugtagen für die deutsche Luftfahrt zu werben. Dieser Aufgabe galt sein ganzes Streben und schweres Herzog hat er sich entschlossen, die Luftakrobatik in den Kreis seiner Aufgabe zu ziehen, um auf diese Weise das schwindende Interesse der breiten Massen an der Luftfahrt neu zu beleben. Das war auch der tiefere Grund, weshalb Schindler sich zur Ausführung des Unfalls vom einem Flieger in ein anderes entschlöß. Schindler widmete sich der Fliegerlei seit 1913. Seit zehn Jahren war er Luftakrobat angesehen von einer feinen Schmezzierung, die er sich bei einer Flugveranstaltung im Sommer dieses Jahres in Berlin zuzog, hat er nie einen Unfall erlitten. Das Unternehmen Schindlers hat durch den Tod des tüchtigen Piloten seinen Weiter verloren. Schindler hat in Freiburg insbesondere auch den Segelflug gefördert und eine Jungfliegergruppe ins Leben gerufen, die in der nächsten Zeit mit Segelflugversuchen auf dem höchsten Berg in der Freiburger Gemarkung, dem 1284 Meter hohen Schauinsland, beginnen sollte.

Wie berechtigt das Berliner Verbot derartiger Schaustellungen war, wird durch diese entsetzliche Katastrophe bewiesen. Hier wertvolle Menschenleben sind einem Unfallschicksal zum Opfer gefallen. Das Ansehen des Fliegens wird durch derartige Kunststücke bestimmt nicht gefördert.

SINCLAIR LEWIS

DER ERWERB

ROMAN

Doch nachdem Una die Sache Boutell gelöst hatte, er suchte Charles sie öfter, mit Frauen über die Vorteile zu sprechen, die ein eigener Grundbesitz ihnen und ihren Kindern böte, während die eigentlichen, intelligenten (das heißt männlichen) Agenten ihre hypnotische Kunst an den gleichfalls intelligenten und intelligenten Käufern, den Männern der Familien, ausübten. Hatte Una es früher für ein Ehrgefühl erregendes Wunder — wie etwa Chemie oder Dichtkunst — gehalten, „ein Geschäft abzuschließen“ und dem Büro Laufende von Dollar einzubringen, so fand sie das nun ganz selbstverständlich. Die größere Verantwortung verlieh ihr ein großes inneres Gleichgewicht und mehr Bereitwilligkeit, selber die Initiative zu ergreifen. Ihr Gehalt wurde auf dreißig Dollar wöchentlich erhöht. Sie strich zweihundert Dollar Provision ein und kaufte sich einen Morgenrock aus blauer japanischer Seide, eine Armbanduhr und ein schwarzes Abendkleid, wie Fräulein Joline ihr geraten hatte. Doch in dem Büro war sie immer noch Sekretärin des Herrn Truar und seinen Diktaten und Launen ausgeliefert. Die Freundschaft des vorfichtigen, fleißigen Herrn Fein war für sie die größte Belohnung.

2.

Niemals vergaß sie den Abend, an dem sie mit Herrn Fein zusammen speiste und zum erstenmal eine wirkliche Verteidigung der Stellung eines Unternehmers hörte, — die Barometrie vom Standpunkt des „Chefs“ aus gesehen. „Ich hätte mir nie vorgestellt, daß ich mit einem Kapitalisten so freundschaftlich verkehren könnte,“ sagte Una ihm offen, „aber ich muß gestehen, Sie sehen nicht aus, als wollten Sie den Armen die Haut abziehen.“ „Das will ich auch nicht. Ich will sie wäschen.“ „Nein, ich spreche im Ernst.“ „Auch ich, mein liebes Kind,“ erklärte Herr Fein.

Dann, anscheinend zu dem Bericht auf seinem Teller gewendet, überlegte er: „Es ist ein Unsin, zu sagen, daß gerade die Kapitalisten in allem in der Welt schuld sind. Nur die Schlappen sind schuld. Zeigen Sie mir einen Menschen, auf den man sich verlassen kann, daß er im richtigen Augenblick das Richtige tut wird, ohne gestochen zu werden, und wir werden ihn immer höher steigen lassen, bevor er auch nur Zeit hat, darum zu bitten.“

„Nein, das tut ihr nicht — das heißt, ich glaube wirklich, Sie persönlich, Herr Fein, würden es tun; aber die meisten Chefs haben solche Angst vor hohen Gehältern, daß sie ihre Leute lieber absichtlich so lange entmutigen, bis sie ihnen alle Initiative genommen haben. Ich weiß nicht, vielleicht sind Sie, genau so wie die Angestellten, nur ein Opfer der Umstände. Jetzt zum Beispiel macht mir meine Arbeit eine Riesenfreude, und ich glaube wirklich, daß ein kommerzieller Beruf ebenso herrlich sein kann wie der medizinische oder wie Forschungsreisen oder sonst etwas; aber in den meisten Büros ist das höchste Ideal der Beamten eine gewisse Sicherstellung, glaube ich, — ein Zwei-Familienhaus in irgendeiner dummen Straße in Flatbush — die Belohnung für fleißiges Arbeiten. Es ist gleichgültig, ob man gerne dort wohnt, wenn man dort nur geschickt ist. Und Sie wissen es — Herr Truar vielleicht nicht, aber Sie wissen es — daß dieses ganze heutige Bürossystem alle Angestellten zu bleichen, gedrückten, nervösen Menschen macht.“

„Aber du lieber Himmel, Kind, die Unternehmer haben es doch genau so schwer! Sie sprechen da von Nerven! Nehmen Sie unseren Fall. Der Agent leistet die Missionsarbeit, aber der Unternehmer hat die ganze Sorgenlast auf sich. Nehmen Sie irgendein großes Geschäft, das dem Anschein nach perfekt zu werden verspricht — und mit dem man in dem Augenblick, da man schon den Vertrag schreiben will und erleichtert aufatmet, durchfällt. Oder, sagen Sie man hat sogar ein Geschäft abgeschlossen, und jetzt muß man Miete und Gehälter bezahlen und kann die Provision nicht hereinbekommen, die nach Abschluß des Geschäfts fällig geworden ist. Und die Angestellten bestürmen Sie und verlangen gerade dann, wenn Sie sich den Kopf zerbrechen, wo Sie das Geld für die Gehaltsauszahlung aufstreifen sollen, unter Androhung der Kündigung eine Zulage. Das sind die Dinge, die den Unternehmer um seine Nerven

bringen. Er muß den Betrieb in Gang halten. Ich kann Ihnen sagen, es hat manchmal seine Vorteile, ein Lohnsklave zu sein und mit Sicherheit auf seinen Lohn rechnen zu können.“

„Aber, Herr Fein, wenn der Unternehmer es ebenso schwer hat wie der Angestellte, dann taugt eben das ganze System nichts.“

„Lieber Gott, natürlich taugt es nichts! Aber wissen Sie denn irgend etwas auf dieser Welt, das wirklich was taugt — das halbwegs vollkommen ist? Außer vielleicht die Fugen von Bach? Religion, Erziehung, Medizin, Krieg, Landwirtschaft, Kunst, Unterhaltungen, alles — jedes System ist infolge plumper, überholter Verfahren und infolge unserer eigenen Unwissenheit unzulänglich — die ganze Menschheit arbeitet und spielt mit etwa zehn Prozent der Leistungsfähigkeit. Den einzig möglichen gefunden Boden für einen optimistischen Glauben an die Menschheit, den ich erkennen kann, bildet die Tatsache, daß auf beinahe allen Gebieten Spezialisten an der Arbeit sind, die Unzulänglichkeiten aufdecken — die beweisen, daß Alkohol und Krieg schlecht sind und Schwindsucht und Griedchisch unnötig — und damit zumindest einen Anfang machen. Sie sind ungerade gegen die großen Büros und Fabriken, Una, wo man wirkliche Proben auf höchste Leistungsfähigkeit anstellt, und wo man, wenn ein Mensch auf einem Posten nichts taugt, ihn an einen anderen stellt.“

„Es wird wohl nicht allzu viele dieser Betriebe geben. In allen Büros, die ich kennen gelernt habe, waren die Verdauungsstörungen des Chefs die einzige Probe für den Angestellten.“

„Ja, ja, ich weiß; aber darauf kommt es nicht an. Nur darauf kommt es an, daß man solche Veruche beginnt. Denken Sie zum Beispiel an die Schulen, in denen die künftigen Hausfrauen tatsächlich lachen und nähen lernen, genau so wie vorlesen. Aber natürlich gebe ich zu, gerade die Tatsache, daß es solche Schulen und Büros geben kann und gibt, ist eine Anklage gegen die schlechten Schulen und launenhaft geführten Büros, die wir gewöhnlich haben. Aber wenn es Ihnen gelingen sollte, dieses ganze Geschäftssystem, das darin besteht, die Leute wie in ein Gefängnis zu sperren, hochzustellen, dann tun Sie's bitte, meinen Segen haben Sie dazu.“ (Fortsetzung folgt.)

Nationalsozialisten als die „zweithöchste Partei im Reich“ umzu-
tot zu machen. Sie, die Nazis, hätten nicht die Absicht, mit den
Kommunisten in einen Wettstreit im Gebrauch des Mundworts
einzutreten (schallendes Gelächter in der Versammlung); sie liebten
sich durch die Handhabung der Geschäftsordnung in der Vertretung
ihrer Wähler beschränkt und deshalb würden sie sich an den Ver-
handlungen nicht mehr beteiligen! Tatsächlich verließen auch zehn
Mann von den dreizehn Nationalsozialisten unter großer Heiter-
keit den Sitzungssaal, um sich — im Vorraum in den Anwesen-
heitslisten zwecks Sicherung der Plätze einzuschreiben!

Debatte um die Sexualberatungsstellen.

Eine längere Debatte entspann sich über einen sozialdemo-
kratischen Antrag, der die Einrichtung von Ehe- und Sexual-
beratungsstellen in allen Bezirken verlangt. Nach dem Bericht der
Stadtverordneten Dr. Käthe Frankenthal (Soz.) forderte Frau
Marczinski (Dnat.) von den Beratungsärzten, daß sie sich „ihrer
Verantwortung dem Deutschtum gegenüber“ bewußt sein müßten.
Auf einen Jurist, ob die Verträge deutschnational sein sollten, be-
stimmte sie ihre Forderung dahin, daß es vor allen Dingen nicht
Juden sein dürften. Die antilemische Frau wurde vom Stadt-
verordneten Bamberg (Dem.) recht treffend abgefertigt. Frau
Dr. Frankenthal (Soz.) stellte fest, daß bereits bei den Einbera-
tungen im vergangenen Jahre die Verfassung der Einrichtung
solcher Beratungsstellen verlangt habe. Damals wurde dem Ge-
sundheitsamt eine Empfehlung, aber bis heute sei nichts geschehen.
Die Richtlinien der Bezirksmedizinalräte seien zwar gutgeheißen
worden, aber damit war offenbar das Interesse des Gesundheits-
amtes erschöpft. Die sozialdemokratische Fraktion habe nicht die
Absicht, sich auf eine weitere Verschärfung der Angelegenheit ein-
zulassen. Gegenüber dem vorher zu Wort gekommenen Stadt-
medizinalrat Dr. von Drigalski hob die sozialdemokratische
Rednerin hervor, daß es in der heutigen Zeit nicht darauf an-
komme zu fragen, warum in einer Ehe keine Kinder und keine
Schwangerschaft gewünscht werden.

Sünderstrafe zu betreiben lehne die Sozialdemokratie ab.

Der Antrag wurde mit unwesentlichen Änderungen angenommen.
Bei der Beratung über die Nachprüfung der Besoldungsordnung
für die städtischen Beamten wurde beschlossen, insbesondere für die
technischen Beamten Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen.

Eine ganze Reihe Anträge wurde ohne Debatte den zuständigen
Ausschüssen überwiesen. Darunter befand sich eine Vorlage, der
dem Magistrat die Ermächtigung gibt, in bestimmten Fällen den
Stadthaushaltplan zu überschreiten.

In einem Dringlichkeitsantrag forderten die Demokraten eine
Änderung der Geschäftsordnung dergestalt, daß dem Vorsteher
Rechte übertragen werden, die bisher nur dem Plenum der Ver-
sammlung zustanden. So soll in Zukunft der Vorsteher das
Recht haben, bei großen Verstößen gegen die Ordnung Mitglieder
der Versammlung von der Teilnahme an der Sitzung auszuschließen.
Bei wiederholten Verstößen soll der Ausschluß bis auf fünf Sitzun-
gen ausgedehnt werden können. Daneben verlangt der Antrag die
Entziehung der Freifahrtkarte und den Ausschluß des
betroffenen Stadtverordneten auch von den Ausschüssen. Da
der Dringlichkeit des Antrages von den Kommunisten widersprochen
wurde, wird er geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Lernt fremde Sprachen.

Die Freunde der internationalen Kleinarbeit laden ein.

Englisch, Französisch, und Esperanto-An-
fängerkurse beginnen in Kürze für Gleichgestimmte, die sich für
das Wissen der Bereinigung „Die Freunde der Internationalen
Kleinarbeit“ interessieren, nachdem die diesjährige Besuchsstätigkeit
zwischen Deutschland, England, Irland, Schottland,
Frankreich, Belgien, Holland und Schweden außer-
ordentlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Tausende
bedeutend die Besuchsleistungen der Ortsgruppen in den einzelnen Län-
dern. Hunderte von persönlichen Freundschaftsbündnissen konnten
geschlossen und somit der gesamten Arbeiterbewegung ein
unschätzbare Dienst erwiesen werden.

Um den Kreis derer zu erweitern, die da mithelfen wollen,
wirklich praktische internationale Kleinarbeit zu leisten, werden Ge-
sinnungsfreunde eingeladen, an den neuen und bestehenden Kursen
sich rege zu beteiligen. Deutsch wird soweit als möglich vermieden.
Ein illustriertes Lehrbuch und große Wandbilder gestalten
den Unterricht interessant. Jeder Teilnehmer lernt in verhältnis-
mäßig kurzer Zeit frei sprechen, um sich im darauffolgenden Jahr
entweder in dem betreffenden Lande mit den Freunden unterhalten,
oder aber, um die erworbenen Sprachkenntnisse auch hier praktisch
anwenden zu können im Kreise unserer ausländischen Freunde, die
sich allmählich während der Sommermonate im Gewerkschafts-
haus mit deutschen Freizeitmilitären treffen.

Die Nachmittagskurse laufen von 18—20 Uhr, die Abendkurse
von 20—22 Uhr im Zentrum der Stadt. Der Unterrichtsbeitrag
bleibt unverändert. „Der Pionier“ resp. „The Pionier“, das zwei-
sprachige Organ der Freizeiter, steht Interessenten zur Verfügung.
Anmeldungen für Kurse und Korrespondenztausch werden
umgehend erbeten an die Geschäftsstelle, Berlin SW. 10, Kurstr. 32,
am Spittelmarkt (Gasse B. Floerke). Telefon Merkur 2196.
Allen Anfragen sollte ein Freiumschlag beigelegt werden.

Berlins modernste Post.

Fünfstöckiger Neubau in Charlottenburg, Berliner Straße.

Im Rahmen ihres Bauprogramms wird die Oberpostdirektion
Berlin als einen der nächsten Neubauten das neue fünfstöckige
Posthaus in Charlottenburg, Berliner- Ecke Kirchhof-
straße, fertigstellen.

Dieses Gebäude, das eine breite Front in der Berliner Straße
einnimmt, wird ausschließlich Postzwecken dienen. In den oberen
Stockwerken werden zwei neue automatische Fernspre-
chämter untergebracht, die als Selbstanschlußämter die Teilnehmer
von „Witthim“ und „Traunhofer“ übernehmen werden. Der
Schallerraum des Postamtes wird nach den guten Erfahrungen, die
man mit offenen Schaltern gemacht hat, 14 offene Schalter
erhalten. Fernsprechautomaten werden in besonders großer Anzahl
aufgestellt werden. Für die Rentenansprüche sind besondere
Zimmer eingerichtet. Die Bauarbeiten sind soweit fort-
geschritten, daß mit der Fertigstellung des Gebäudes Anfang nächsten
Jahres gerechnet werden kann. Das neue Postamt wird im Früh-
jahr eröffnet werden, während einige Verwaltungsräume bereits
im Januar bezogen werden sollen.

Pilot Eberhard außer Gefahr.

Der Sturmogel-Pilot Fritz Eberhard, der am Mittwoch
mit seiner Maschine 5726 in der Heerstraße eine Rollen-
dung vornehmen wollte und dabei abstürzte, scheint glücklicher-
weise nicht ernstlich verletzt zu sein. Eberhard, der im Hildgard-
Krankenhaus Aufnahme fand, war zwar in der Nacht be-
sinnungslos, erholte sich aber in den Morgenstunden des Donnerstag
und kann auch schon wieder sprechen. Der Flieger hat keinerlei
äußere Verletzungen erlitten. Es wurde heute vormittag
versucht, mit einer Röntgenaufnahme festzustellen, ob er innere Ver-

Ein schöner „Amazonenchor“.

Fünf Mädels vor dem Jugendgericht. — Durch Schmutz und bunten Lant verführt.

In einer nichtöffentlichen Sitzung, zu der nur die
Presse zugelassen war, beschäftigte sich das Erweiterte
Jugendgericht Neukölln unter Vorsitz von Landgerichts-
rat Lühres mit den Diebereien einer Neuköllner Bande, die aus
fünf Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren bestand.

Die Anklage legte dem sogenannten „Amazonenchor“
fortgesetzten Bandendiebstahl zur Last. Bei der Ver-
nehmung zur Person stellte sich heraus, daß sämtliche An-
geklagten Halbweissen sind. Die jugendlichen Diebinnen
kannten sich bereits von der Schulzeit her und begingen ihre ersten
Diebereien teilweise schon als Schulkinder. Bei gewöhnlichen Spa-
ziergängen durch die Warenhäuser oder Wochenmärkte machten sie
Gelegenheitsdiebstähle, die schließlich zur Gewohnheit wurden und
so ausarteten, daß sie seit fast zwei Jahren mehrmals wöchentlich
ihre Diebstähle unternahmen. In allen größeren Warenhäusern
Berlins, auf Wochenmärkten und in Schulen machten sie ihr „Ge-
schäft“. Die beträchtliche Beute umfaßte alle nur denkbaren Ge-
brauchsgegenstände. Kleider, Schuhe, einer Mundhar-
monika, Silberlöffel, Perlenketten, Strümpfe
und Armbänder, Trenchcoats und Wastentücher
erbeutete die Bande in Schulen. Daß die Bande fast zwei Jahre
hindurch ihr Treiben unbemerkt von den Bestohlenen und von
den Eltern der Angeklagten ausführen konnte, ist dem großen Ge-

schick der Mädchen zuzuschreiben. In kleineren Gruppen begingen
sie ihre Diebstähle. Während eine die Beute ergriff und in die
Tasche steckte, stellte sich die andere so geschickt davor, daß niemand
etwas sehen konnte. Die Eltern wußten von dem Treiben nichts,
ähnten auch nicht, daß die „Geschente“, die die Mädels ihnen und
anderen Angehörigen machten, Diebesgut waren und glaubten
ihnen, daß sie von dem schwer zusammengeparten Geld gekauft
worden seien. Das Schicksal ereilte die Angeklagten am 1. Mai
1930, in einem Neuköllner Warenhaus.

Der Staatsanwalt beantragte gegen vier der Angeklag-
ten Gefängnisstrafen von sechs bis zehn Wochen.
Außerdem beantragte er gegen alle Bewährungsfrist. Für eine der
Angeklagten plädierte er auf Freisprechung wegen mangelnder Ein-
sicht und empfahl für sämtliche fünf beschuldigten Mädchen Schu-
paufsicht und Fürsorgeerziehung.

Das Erweiterte Jugendgericht Neukölln verurteilte zwei der
angeklagten Mädchen zu je einem Monat und eine
weitere Angeklagte zu drei Wochen Gefängnis.
Zwei Mädchen wurden mangels Einsicht der strafbaren Handlung
freigesprochen. Während gegen die letzteren die Einführung von
Erziehungsmassnahmen angeordnet wurde, billigte das Gericht den
drei Verurteilten eine dreijährige Bewährungsfrist zu.

Vergeßtes nicht:

Fast jeder dritte Berliner gab seine
Stimme der Liste 1. Der Wähler
muß zum Mitkämpfer werden!

Werbt für die Partei der Arbeit! Der „Vorwärts“ ist euch Helfer!

legungen daongetragen hat. Das Ergebnis der Untersuchung wurde
bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Der Pilot Eberhard gilt als
einer der befähigsten Flugzeugführer des Flugverbandes der Wert-
tätigen und führte auch das Geschwader des Sturm-
vogels während des Deutschlandfluges für Liste 1.

Wenn Nazi und Kozi sich zanken.

Heinz Neumann auf der Anklagebank.

Die Schägererei, die am 12. Januar d. J. im Stadttheater in
Köpenick zwischen Kommunisten und Nationalsozia-
listen stattfand, fand am Donnerstag vor dem Erweiterten
Schöffengericht in Köpenick ihr Nachspiel.

Da neben zwei jungen Kommunisten Walter und Meyer
auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Heinz
Neumann auf der Anklagebank saß und sich vor dem Gerichts-
gebäude eine große Anzahl von Kommunisten versammelt hatten,
wurde die Polizei herbeigerufen, die das Gerichtsgebäude abspernte.
Die Anklage gegen die drei Kommunisten lautete auf Landfrie-
densbruch und Aufreizung zum Klassenhaß. An
dem genannten Tage hatten die Nationalsozialisten einen Vortrags-
abend veranstaltet, bei dem eine Diskussion vorgesehen war. Zu
der Aussprache meldete sich der kommunistische Reichstagsabge-
ordnete Neumann. Die Frage der Nationalsozialisten, ob er sich
zu dem Schlagwort: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie
trefft“ bekenne oder nicht, bejahte Neumann. In einer
ausführlichen Begründung seiner Stellungnahme erwiderte die Na-
tionalsozialisten eine Aufreizung zu Gewalttaten und zum Klassen-
haß. Es entstand sehr schnell eine wilde Schlägerei, in der sich be-
sonders die beiden erstgenannten Kommunisten hervorhoben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Walter und Meyer je
3 Monate Gefängnis und gegen Neumann 9 Mo-
nate Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Frei-
sprechung sämtlicher Angeklagter. In der Begrün-
dung führte der Vorsitzende aus, daß der Beweis nicht dafür er-
bracht worden sei, daß der Abgeordnete direkt in diesem konkreten
Fall zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Seine Ausführungen
seien mehr allgemeiner Art gewesen.

Anschließend an die Verhandlung kam es vor dem Gerichts-
gebäude zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen der Polizei und
etwa 100 Kommunisten. Während die Polizei die Menge zu zer-
streuen suchte, formierten sie sich zu einem Zuge und zogen, kom-
munistische Lieder singend, durch die Straßen Köpenicks.

Man kann fernsehen.

Ein geglückter Versuch.

Also das Wunder ist tatsächlich gelungen. Es funktioniert noch
nicht so tadellos wie etwa der Rundfunk oder der Film, aber es ist
Wirklichkeit geworden. Auf der Bühne der Scala steht
eine schmale Glasplatte, auf der erscheinen die Köpfe der Leute,
die in einem Büro in der Friedrichstadt vor einem Aufnahmeapparat
sprechen, singen oder agieren. Jede Bewegung, jede Mundstellung
ist genau zu erkennen, und die Stimme wird gleichfalls genau
übertragen. Allerdings ist das Bild verregnet wie es die ersten
Filme vor dreißig Jahren waren, aber was schadet es? Das Prinzip
des Fernsehens ist gefunden, und bald werden technische Verbesse-
rungen eintreten, die diese Mängel beheben und den ganzen Betrieb
verbilligen.

Der Erfinder ist der schottische Ingenieur Baird, und er
bedient sich des sogenannten Fernsehapparates. Das Prinzip beruht
darauf, daß der fernzusehende Mensch von einem Lichtstrahl abge-
tastet wird, den photoelektrische Zellen auffangen. Hier werden die
Lichtschwankungen in Stromschwankungen umgewandelt, auf einen Ver-
stärker übertragen und durch einen Telephonkabel zum Empfänger
geleitet. Hinter der Glasplatte dieses Empfängers befinden sich
etwa 2100 kleine Glühbirnen, die, beeinflusst von der Send-
apparat, in wechselnder Stärke aufleuchten und auf diese Art das
Bild erzeugen. Die Tonübertragung erfolgt über ein normales
Mikrofon über eine besondere Leitung auf die beiden vor dem
Bilde befindlichen Lautsprecher. Die Übertragung ist also noch an
eine Leitung gebunden. Wird sie verbessert und wird sie draht-

los übertragen werden können, dann ist der Hauptwunsch des
Radiohörers erfüllt.

Die Fernsehexperimente in der Scala sind die ersten auf dem
europäischen Kontinent. Sie werden in den nächsten Tagen in
beiden Vorstellungen vorgeführt werden.

Hilfe unseren Alten.

Neues städtisches Altersheim in Biesdorf.

Das vom Bezirksamt Lichtenberg neu erbaute Städtische
Altersheim Biesdorf soll Anfang Oktober d. J. eröffnet wer-
den. Das Heim liegt an der Köpenicker Straße in Biesdorf-Süd,
etwa zwei Kilometer vom Bahnhof Wuhlheide entfernt. Es ist ein
zweigeschossiger Bau mit 24 ein- und 24 zweibettigen Zimmern und
geeignet zur Aufnahme von 72 Personen. Aufnahmeanträge sind
an das Wohlfahrtsamt Berlin-Lichtenberg, Türschmidtstr. 25,
Zimmer 87, zu richten.

Das Altersheim ist dazu bestimmt, Einwohnern der Stadt-
gemeinde Berlin in der Regel im Wege der öffentlichen Fürsorge
Unterkommen und Verpflegung zu bieten. Aufgenommen werden
nur ältere hilfsbedürftige Personen beiderlei Geschlechts, die
körperlich rüstig sind und keiner fremden Wartung und Pflege be-
dürfen. Es sollen nach Möglichkeit solche Personen berücksichtigt
werden, die eine Mitwohnung zur Verfügung stellen. Die in
das Altersheim aufgenommenen Personen erhalten dort Unterkunft,
Heizung, Beleuchtung und, soweit sie sich nicht selbst beschäftigen,
Verpflegung. Das Mitbringen und die Benützung eigener,
in reinlichem Zustand befindlicher Möbel und Betten ist nach dem
Ermessen des Wohlfahrtsamtes gestattet.

Gruner nicht Sozialdemokrat.

Die „Rote Fahne“ hat in ihrem Bericht über den Prozeß
gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Grottel vor
dem Neuköllner Schöffengericht die Behauptung auf-
gestellt, der Landgerichtsdirektor Gruner sei Sozialdemo-
krat, „der unter lokalem Mantel revolutionäre Arbeiter zu äußerst
brutalen Strafen verurteilt hätte“. Wie sehr die „Rote Fahne“ mit
ihrem blinden Haß gegen die Sozialdemokratie wieder einmal
danebengehauen habe, beweist eine „Vorwärts“-Notiz vom
26. April 1930. In dieser wurden unter der Überschrift „Er wußt
nichts vom 1. Mai“ Vorwürfe gegen Gruner erhoben,
weil er ausgerechnet zum 1. Mai mittags 1 Uhr — dem Zeitpunkt
der sozialdemokratischen Maidemonstration — eine Besprechung mit
den Schiedsmännern einberufen hatte. Herr Gruner ist nicht Mit-
glied der Sozialdemokratischen Partei.

Der Djeanfänger Wolf v. Gronau wird am kommenden Sonn-
tagmorgen mit einem Docteur-Bal D 1422, mit dem er
den Ozean überquerte, auf dem Templiner See in
der Nähe des Potsdamer Lustschiffhafens landen und im Lustschiff-
hafen Potsdam an Land gehen. Von einer Landung auf den Ber-
liner Gewässern, die zuerst ebenfalls in Erwägung gezogen war, ist
in Anbetracht des regen Sonntagswallersports Abstand genommen
worden. Von Gronau wird am Sonntag mittag in Hamburg starten
und dürfte gegen 4 Uhr im Potsdamer Lustschiffhafen zu er-
warten sein.

Zeugen gesucht, die einen Zwischenfall vor der „Vorwärts“-
Filiale Borschener Straße 62 am Wahnsinnstag zwischen 22.30 und
23 Uhr mitansahen. Meldung an die „Vorwärts“-Filiale erbeten.

Aus der Partei.

Solidaritätskundgebung der französischen Partei.

Der französische Parteivorstand hat an den
deutschen Parteivorstand nachstehende Rundgebung gerichtet:

„Wir beglückwünschen auf das herzlichste die deutsche Sozial-
demokratische Partei zu dem heißen Kampf, den sie geführt hat,
und wir sind stolz, daß sie dank ihrer inneren Festigkeit und dem
Opfermut ihrer Mitglieder dem gewaltigen Ansturm der
kapitalistischen Bourgeoisie, der militaristischen Reaktion und des
demagogischen Bolschewismus zu widerstehen vermocht hat.“

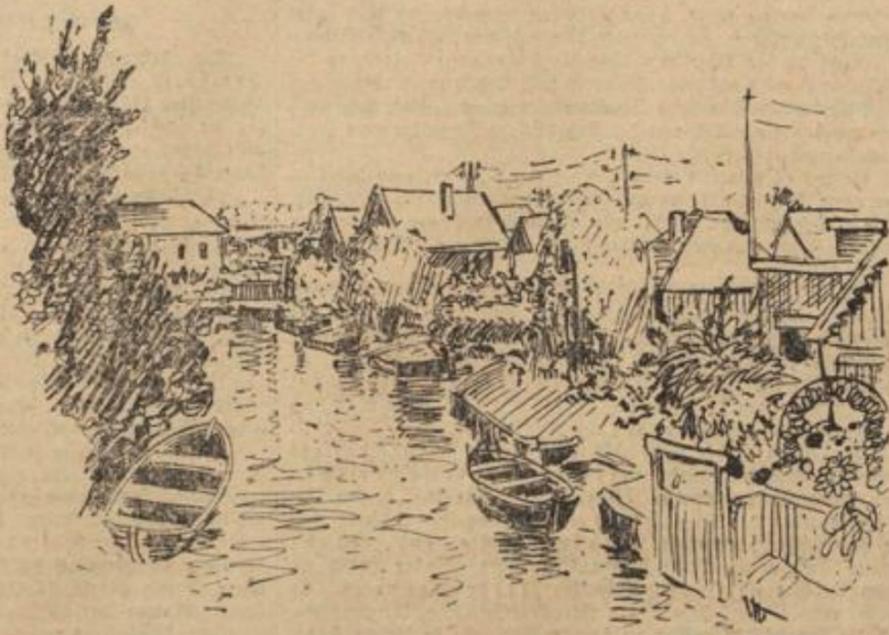
gez. Léon Blum, Paul Faure.



Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss, Erkältungskrankheiten.
Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich. Frag Sie Ihr Arzt.

„Spreewald“ an der Heerstraße

Der „Vorwärts“ berichtet gestern in Bild und Schrift über den Arbeitslosen, der sich in dem kleinen Verbindungskanal zwischen Havel und Stößensee ein Schiffswrack als Notwohnung eingerichtet hat. Der kleine Wasserweg, der sich mit vielen Windungen kreuz und quer durch die saftigen, feuchten Wiesen des Tiefwerders schlängelt, heißt im Volksmund der „Spreewald“ Spandaus. Dicht bei der Fabrikstadt, an seinem Anfang grünen die Kohlenberge des Spandauer Hafens und an seinem Ende donnern die Autos und Straßenbahnen der Stößenseebrücke, liegt hier verborgen ein idyllisches Stückchen Erde. An den Ufern des Baches, der von vielen zierlichen Holzbrücken überspannt wird, liegen — vom Grün fast vollkommen versteckt — die Lauben Berliner Arbeiter und Angestellten, hin und wieder abgelöst durch feudale Sommervillen oder Bootshäuser der Wassersportler. Ruhig zieht der kleine Fluß, der



vielen Schwänen liebe Heimat ist, vorüber. Es ist friedlich und still, wie im Spreewald der sauren Gurken...

gefloßt, daß für polizeilichen Schutz gesorgt ist. In diesen Punkt schloß sich eine Unterhaltung, in der sich die Nationalsozialisten reinigen wollten von dem Vorwurf der „schlagenden Beweise“ bei Meinungsverschiedenheiten. Der sozialdemokratische Bezirksverordnete Stubisch strafte ihn durch Tatsachen Lügen. Der Redner legte auf den Tisch des Hofes einen Pflasterstein nieder, mit dem er bei der Heimkehr von einer Parteiverammlung beworfen und getroffen wurde.

Herr Schminde und die Diphtheriefälle.

14. Bezirk — Reutölln.

Die Reutöllner Bezirksversammlung trat am Mittwoch zum ersten Male nach den Sommerferien zusammen. Zu Beginn der Sitzung wurden zwei Vorlagen des Bezirksamts, die 16 000 Mark für die Wiederherstellung der Befestigungsrohre in Bedürfnisanstalten in den Schulen und 2000 Mark für ein Schutzeländer an der Schule in der Richardstraße verlangten, angenommen. Dann wurde mit Zustimmung der Sozialdemokratie ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die Kosten für Kranken- und Medizinische für Erwerbslose und Wohlfahrtsarbeiter das Bezirksamt übernehmen solle. Kommunisten Lange und der Deutschnationale Roth benutzten die Gelegenheit, um alberne Agitationsreden zu halten. Der Schreibhals Lange gebärdete sich wie ein Wilder, gab aber in der gleichen Rede zu, daß in einem Sowjetdeutschland selbstverständlich keine andersdenkenden Beamten geduldet würden. Für die sozialdemokratische Fraktion begründete Erner dann einen Antrag, in dem Vorwürfe gegen den kommunistischen Stadtrat Dr. Schminde erhoben wurden. Erner wies nach, daß Schminde eine von den Elternbeiräten der Schulen in der Elbestraße verlangte Untersuchung der Schulleiter auf Diphtheriebazillen unterlassen habe. Dadurch wären neue Krankheitsherde ausgebrochen. Stadtrat Schminde hob dem Kreisarzt die Verantwortung zu, mußte sich aber lassen, daß sich kein Kreisarzt gegen eine Aktivität der Reutöllner Gesundheitsbehörden etwas einzumenden gehabt hätte. Auch die Behandlung dieser ersten Frage der schulhygienischen Maßnahmen gegen Diphtherieerkrankungen konnte Lange nicht abhalten, von „allem Schmalzstullenbrot“ zu reden. Die Eltern werden Herrn Lange dankbar sein, daß er ihnen so brutal gezeigt hat, wie wenig Mitgefühl die Kommunisten für die Kinder aufbringen, die von einer gefährlichen Epidemie bedroht sind. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der eine Ausgestaltung der Promenade in der Elbestraße verlangt, wurde der Deputation zur Beratung übergeben.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Die Mehrzahl der Berliner Bezirksparlamente hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. Leider ist der Auftakt für die neue Tagungsperiode alles andere denn erfreulich. Wieder sind es die Kommunisten, die, in ihrem fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie die Interessen des arbeitenden Volkes mit Füßen tretend, ihre Aufgabe in ekelerregendem Schimpfen und Lärmen erschöpft sehen. Um das Ansehen des Parlamentes zu wahren und die Mehrheit vor dem Terror einer tobsüchtigen Minderheit zu bewahren, mußte in mehreren Bezirksversammlungen Gewalt gegen Gewalt gesetzt werden.

Debatte um den Deutschen Dom.

1. Bezirk — Mitte.

Die Bezirksversammlung Mitte mußte sich in ihrer letzten Sitzung nachträglich noch die Wahlreden der Kommunisten anhören, die zu den üblichen kommunistischen Agitationsanträgen gehalten wurden. Um aber alle fruchtlosen Debatten zu vermeiden, wurde zu den einzelnen Anträgen Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Eine längere Aussprache knüpfte sich an den Bericht auf die Rechte der Stadt Berlin am Deutschen Dom. Der Kommunist Dr. Hill, der mit Vorliebe zu Vorlagen spricht, von denen er nichts versteht, begründete es, daß man versucht habe, aus dieser „Kirche“ ein Depot für die Straßenreinigung zu machen, wobei er ganz übersehen, daß der Deutsche Dom nie als Kirche gedacht war, sondern seit seinem Bestehen Verwaltungszwecken diene. Auf einen entsprechenden Hinweis des Genossen Weinberg erwiderte er, daß die Kommunisten auch die Synagogen noch in Schweinefleisch verwandeln würden! Diese Anekdote löste natürlich größte Erregung im Sitzungssaal und auf den Tribünen aus; die Sitzung konnte erst fortgeführt werden, nachdem der stellvertretende Vorsitzende den Redner zurückgewiesen hatte. — In einem Antrag erhoben die Kommunisten fälschliche Vorwürfe gegen die Verwaltung des Stadtbades Mitte. Genosse Stadtrat Friedländer legte die tatsächlichen Verhältnisse dar und erklärte den Kommunisten, daß sie von ihren Gewährsmännern jämmerlich belogen worden sind. Ein Antrag, die kommunistische Vorlage einem Ausschuss zu überweisen, wurde abgelehnt, um nach außen hin zu dokumentieren, daß auch nicht der Schatten eines begründeten Verdachts vorhanden sei.

Neuer Bezirksverordnetenvorsteher.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der am Mittwoch stattgefundenen Bezirksversammlung wurde die Erziehungswahl für den von seinem Vorgesetzten zurückgetretenen Vorsteher der Bezirksversammlung vorgenommen. Gen. Hill wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und den Parteien der Mitte der Genosse Paul Robinson. Die 12 Mitglieder starke deutschnationale Fraktion hatte auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und für den Vorschlag der Nazis gestimmt, von deren drei Mann überhaupt nur zwei anwesend waren. Diese „Selbstlosigkeit“ der Deutschnationalen wurde von der Versammlung mit allgemeiner Heiterkeit quittiert. Die Kommunisten stimmten in beiden Wahlgängen für ihren Kandidaten. — Der durch die Zentrale mit einer Frist zum 1. Oktober angeforderte Spushaltsvoranschlag für das Etatjahr 1930 wurde durch den Bürgermeister Genossen Dr. Hera mit einer kurzen Be-

gründung eingebracht. Er wies darauf hin, daß die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen (ausgesteuerten Arbeitslosen) in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1930 im Bezirk Kreuzberg von 6779 auf 10 932 gestiegen sei, so daß zu erwarten ist, daß die für 1930 vorgesehenen Mittel für die Betreuung dieser Kategorie Bedürftiger mindestens verdoppelt werden müssen. Die durch die allgemeine Krise angepannte Finanzlage lasse leider die Aussicht auf die Durchführung der notwendigen Krankenhaus-, Arbeitsheim- und Berufsschulbauten auch für das nächste Jahr sehr gering erscheinen. Nach kurzer Generaldebatte wurde die Vorlage zu genauer Durchberatung und Information dem Haushaltsausschuss überwiesen, dessen Beratungen am kommenden Montag beginnen werden.

In der Aussprache über einen kommunistischen Antrag, in dem die SPD Unterstützung der nicht bundestreuen Sportorganisationen verlangt, ging Genosse Barthelmann sehr scharf mit den Spaltem in Arbeiterport ins Gericht. Der Redner wies den Kommunisten nach, daß gerade sie es waren, die früher, als sie ihre Zellen in den zentralen Sportorganisationen hatten, immer den Standpunkt vertraten, daß nur die Spitzenverbände aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden dürfen. Sie haben also jetzt kein Recht zur Beschwerde, nachdem sie teils freiwillig, teils infolge ihres bundeswidrigen Verhaltens durch Ausschluß ausgeschlossen sind. Der deutschnationale Schulze unterstützte die Kommunisten aus Haß gegen den bundestreuen Arbeiterport.

Pflastersteine gegen Bezirksverordnete.

12. Bezirk — Steglitz.

Die Tagesordnung der Bezirksversammlung wies nicht weniger als 36 Punkte auf. Einstimmig vorgeschlagen wurden 6 Bürgerdeputierte (darunter Genosse Wädge) für die Bezirksdeputation für Kunst und Bildungswesen. Der Entwurf für ein Rentnerheim in der Rüdertstraße in Steglitz wurde auch einstimmig gutgeheißen; ebenso bewilligt wurden die Kosten für den Ausbau der 15. Volksschule in Vankow. Kenntnis nahm die Versammlung von der Absicht des Magistrats, 1931 die beantragte Erweiterung des Realgymnasiums in Vankow vorzunehmen. Einem früher von der Rechtsmehrheit der Versammlung gefaßten Beschluß, nachdem Steglitz Waren durch die Anschlagsgesellschaft nicht beziehen darf, ist der Magistrat selbstverständlich nicht beigetreten. Ein Antrag, die Reinemacherinnen in den Schulen in das Tarifverhältnis zu bringen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Bei der Debatte über Vermehrung der Papierförde und Bedürfnisanstalten in Bezirk war die Einheitsfront der Versammlung wieder hergestellt, ganz wie bei der Forderung nach einer Fahrverbindung zwischen Steglitz und Reutölln. Bei Anträgen an die Berliner Verkehrs-A.G. sowie es sich um die Einführung neuer Linien oder Verbesserung bestehender Verbindungen handelt, kommen in der Bezirksversammlung immer einstimmige Beschlüsse zustande. Das wird sofort anders, so bald es heißt, wer zahlt die Kosten.

Das Arbeitsamt Süd-West hat einen Antrag der Bezirksversammlung wegen Schutz der Erwerbslosen vor Ausschreitungen politisch Andersdenkender an die zuständige Stelle weitergeleitet und dabei erwähnt, daß auch eine räumliche Kende- rung im Arbeitsamt erwogen wird, die aber abhängig ist von der Bereitstellung der erforderlichen Mittel. In dem Schreiben ist auch

Gustav-Strefemann-Realschule.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung davon Kenntnis, daß die Realschule in Adlershof fortan den Namen „Gustav-Strefemann-Realschule“ führt. Zum Bezirksverordnetenvorsteher-Stellvertreter wurde mit 12 Stimmen von 31 abgegebenen Stimmen der deutschnationale Hausbesitzer Müller gewählt. Die Sozialdemokraten hatten, wie der Bezirksverordnete Becker in der Versammlung anführte, auf einen Vorschlag verzichtet, weil die bürgerlichen Fraktionen und die Kommunisten entgegen allen parlamentarischen Regeln die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bezirksverordnetenvorsteher im Anfang des Jahres verhindert haben. Der Auflösung des Lyzeums in Berlin-Adlershof stimmte die Versammlung zu. Unser Genosse Becker legte die Gründe dar, die für unsere Fraktion maßgebend sind, der Vorlage die Zustimmung zu geben. Die Deutschnationalen wehrten sich als einzige Fraktion gegen die Auflösung. Die Versammlung stimmte eigenem Straßennamenungen in den Ortsteilen Oberhönoweide, Johannisthal und Altglienicke zu. Namens des Rechnungsausschusses erstattete der Genosse Strieder den Bericht über die einmaligen Anforderungen für das Rechnungsjahr 1931. Der Berichterstatter wünschte, daß möglichst alle dringenden Projekte durch den Magistrat genehmigt werden. Die Versammlung stimmte den Anforderungen zu. Desgleichen wird den Anforderungen für den Flugplatz Johannisthal zugestimmt. Die Kommunisten lehnten diese Anforderungen ab, weil sie, wie ihr Redner zum Ausdruck brachte, befürchteten, daß dieser Flugplatz nur deswegen wieder hergestellt werden soll, damit auch von hier aus der Luftkrieg gegen Sowjetrußland beginnen könne. Die Genossen Lehmann und Strieder setzten sich für die Annahme der Vorlage ein und fertigten die Kommunisten unter lebhaftem Beifall der Versammlung abweisend ab. In einem Antrag protestierten die Kommunisten dagegen, daß die Tagestrafstätte in Oberhönoweide am Verfallungsstag geschlossen werden soll. Der Genosse Reumann stellte gegenüber den Anträgen der Kommunisten fest, daß die in diesem Heim zur Kur weilenden Frauen schon von sich aus den Besuch gehabt haben, am Verfallungsstag das Heim nicht anzulassen.

Gestäupter Verleumder.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Das schlechte Beispiel der kommunistischen Stadterordnungen in Berlin scheint bei ihnen noch um einige Grad weniger verantwortungsbewußten Kollegen in den Bezirken Schule gemacht zu haben. Auch in Lichtenberg konnte die Bezirksversammlung am letzten Mittwoch wegen des geradezu unerhörten Verhaltens der kommunistischen Fraktion nicht zu Ende geführt werden.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab Genosse Bürgermeister Dr. Siggel erläutern einen Überblick über die Bedarfsanmeldung des Bezirks, die er zur Beratung dem Haushaltsausschuss zu überweisen dat, und über den Stand der Bauen. Mit der Eröffnung der Entbindungsanstalt ist Oberen 1931 zu rechnen und ebenfalls mit der Fertigstellung der Berufs-, Mittel- und Volksschule in dem Vierschulbau Schillingallee. Die vierte Anstalt, das Petrolezz-Oberlyzeum, wird erst später, aber auch noch im Laufe desselben Jahres, fertiggestellt werden können. Mit der Zahl seiner Wohnungsbauten steht der Bezirk Lichtenberg an der Spitze. Die Vorlage des Bezirksamts wegen eines Zuschusses zur Errichtung eines Kinderheims fand trotz lebhaften Widerstands der bürgerlichen Parteien Annahme. Waren soweit die Verhandlungen noch verhältnismäßig ruhig verlaufen, so gab der Antrag, der sich gegen eine

Ja, ja, die Nerven . . .
höchste Zeit KAFFEE HAG zu trinken

angebliche Benachteiligung der kommunistischen Sportler bei der Zusammenfassung der Stadion in Lichtenberg richtete, Anlaß zu großem Tumult. Genosse Stadtrat Thurm wies an der Hand der Besuchszahlen nach, daß von einer Benachteiligung nicht die Rede sein kann. Wenn dieser sachliche Nachweis den Herren Kommunisten auch nicht in ihren Kram paßte, so brachte sie die Feststellung, daß ihre eigenen Vertreter ja selbst mit der vorgenommenen Verteilung einverstanden waren, gänzlich zur Kaserne. Der Bezirksverordnete Weinert beschloß dabei den Genossen Thurm in unerschämter Weise der Lüge. Diese schamlose Beleidigung rief die helle Empörung der Versammlung hervor und führte schließlich zu dem Ausschluß des Weinert. Mit Hilfe der Schupo mußte der Verleumder aus dem Saal entfernt werden.

Polizei gegen Radaubröder. 19. Bezirk - Pantow.

In der Pantower Bezirksversammlung kam es gestern wieder zu Lärmereien der Kommunisten. Zu Beginn der Versammlung verlas der Vorsitzende Genosse Kramer eine ganze Anzahl Dringlichkeitsanträge der Kommunisten. Diese Anträge wurden zum Teil auf die Tagesordnung gesetzt, zum Teil wurde ihnen widersprochen. Die Wahl mehrerer Jugend- und Wohlfahrtsmitglieder, sowie die Wahl eines Schiedsmannes und mehrerer Schiedsmannschaftsvertreter erfolgte fast reibungslos. Auch einer Vorlage betreffend den Erwerb einer Straßensandparzelle in Berlin-Buchholz wurde von allen Parteien zugestimmt. Alsdann begründete Bürgermeister Reihner die Bedarfsanmeldung zum Haushaltsplan des Bezirks Pantow für das Rechnungsjahr 1931. Er konnte seine Rede ohne größere Störungen durchführen, trotzdem die kommunistischen Bezirksverordneten schon hier wiederholt mit lärmenden Zwischenrufen einfielen. Der Bürgermeister betonte, daß es sich um einen Ratetakt handele, der den Notzeiten entspricht. Die Bedarfsanmeldung, die im Ausschuß bis ins einzelne durchgesprochen und durchgeprüft wurde, enthält nur die unbedingt für den Bezirk notwendigen Anforderungen. Wenn trotz der großen Finanznot der Stadt Berlin gegenüber dem Vorjahr rund 3½ Millionen Mark mehr angefordert werden müßten, so sind das Mittel, die durch die Not der Zeit erforderlich werden, so z. B. ein Mehr von 1.139.000 M. für den Wohlfahrtsrat und 222.000 M. für das Gesundheitswesen. Als erster Debattierender ergriff sodann der kommunistische Stadtverordnete Satzleder das Wort. Seine Ausführungen veranlaßten sehr bald seine Gefinnungsreue auf der Zuschauertribüne, welche rechts vom Sitzungssaal liegt, zu lärmenden und beleidigenden Zurufen zur Bezirksversammlung. Als diese Lärmereien trotz vorheriger Ermahnung durch den Vorsteher nicht unterblieben, wurde die Sitzung unterbrochen und durch die vom Vorsteher herbeigerufene Polizei der fragliche Teil der Tribüne geräumt.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlung verlangten die Kommunisten sprechhorartig Wiederherstellung der angeblich ausgeschlossenen Öffentlichkeit durch Zurückgabe der ihnen zustehenden Tribünenanteile, was natürlich nicht möglich war. Von einem Ausschluß der Öffentlichkeit konnte indes gar nicht die Rede sein, da ja die obere Tribüne, auf der sich hauptsächlich Anhänger der Nazis befanden, die sich im übrigen abseits ruhig verhielten, nicht geräumt worden war. Da die Kommunisten weiterhin lärmten, forderte der Vorsteher zwei der größten Schreier auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da sie sich dieser Anordnung nicht fügten, wurde die Sitzung abermals unterbrochen. Wiederrum erschien die Polizei. Kurzweilig

Hausbesitzer fühlen sich.

In Treptow bellen sie den „roten“ Magistrat an.

In einem Rundschreiben fordert der Grundbesitzerverein Berlin-Treptow seine Mitglieder auf, gegen die Festsetzung der Straßenreinigungsbeträge für 1930 Einspruch zu erheben. Wörtlich heißt es dann weiter in diesem Rundschreiben:

„Die trotz unserer verschiedentlichen Hinweise von vielen Mitgliedern geäußerten „vorläufigen Beiträge“ sind weiter nichts als einem unserer größten Feinde, dem roten Magistrat Berlin, zinslos gewährte Darlehen, die richtiger auf das eigene Bank- oder Sparkonto gehören, wo sie Zinsen tragen.“

Teilweise handelt es sich im Einzelfalle um Beträge von mehreren hundert Mark, deren Fälligkeit voraussichtlich noch lange nicht eintreten wird, da der Herr Oberpräsident innerhalb Jahresfrist nicht in der Lage war, die Tausende von Einsprüchen zu erledigen; es wird auf jeden Einspruch noch Erhalt eines abschlägigen Bescheides Beschwerde beim Innenminister erhoben, und, falls auch diese ungünstig ausfällt, von der Organisation Klage bis zum Oberverwaltungsgericht durchgeführt.

Gelingt es während dieser Zeit — evtl. über mehrere Jahre — dem roten Magistrat die freiwilligen Vorauszahlungen vorzuenthalten, wird er sich von der Macht und Geschlossenheit des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer E. V. überzeugen und in Zukunft danach handeln.

Wir empfehlen deshalb unseren Mitgliedern nochmals, Vorauszahlungen auf Straßenreinigungsbeträge nicht mehr zu leisten und gleichzeitig die bisher freiwillig geleisteten Beiträge von der hiesigen Steuerkasse zurückzuverlangen. Sollte die Steuerkasse in irgendeiner Form Schwierigkeiten bereiten, bitten wir um sofortige Mitteilung. Wir werden solche Fälle dann sofort weiterverfolgen.“

Wie hallen es für notwendig, daß sich der Magistrat und auch die Aufsichtsbehörde mit diesem scharfmacherischen Grundbesitzerverein einmal beschäftigen. Vielleicht denken die Steuerbehörden bei Sündung der Kommunalsteuer daran, daß die Hausbesitzer „der größte Feind des Magistrats sind“. Darüber hinaus dürfte es von Interesse sein, festzustellen, daß der Vorsitzende dieses Vereins ein Obersteuereinspektor Moldenhauer ist. Es dürfte ratsam sein, dem Herrn Obersteuereinspektor klarzumachen, daß die Hausbesitzer anders zu beraten sind, wie in diesem Rund-

schreiben geschehen. Eine altbekannte Tatsache ist es ferner, daß die Hausbesitzer recht gern und recht oft um Stundungen der Steuern und auch der Straßenreinigungsbeträge einkommen. Von den städtischen Behörden muß verlangt werden, daß derartige Stundungsgesuche für die Zukunft entsprechend der Haltung des Treptower Grundbesitzervereins, der ein Glied des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer ist, behandelt werden.

Die Volkshochschule ruft! Für Erwerbslose kostenlose Kurse.

Der Lehrplan 1930/31 der Volkshochschule Groß-Berlin ist erschienen. In Verbindung mit den Volkshochschulämtern sind 114 Kurse angelegt. Es wird ein systematischer Aufbau für die wichtigsten Lehrgebiete erstrebt und eine Abflutung nach Jahrgängen bzw. Schwierigkeitsgrad der Themen durch genaue Erläuterung versucht.

In der Abteilung I (Aufbau) wird gelehrt: richtiges Deutsch, Rechnen, Erdkunde, Wirtschaftslehre, Staatslehre, Zeichnen, Englisch, Französisch, Spanisch. In der Abteilung II (wissenschaftliche Fachlehrgänge) wird gelehrt: Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie, Medizin, Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Sprache, Literatur, Theater, Film, Zeitung, Kunst, Musik, Kulturgeschichte, Der Staat in Vergangenheit und Gegenwart, Wirtschaft und Gesellschaft. Die neu eingeführte Abteilung III (wissenschaftliche Arbeitskreise — Seminare) umfaßt zunächst folgende Gebiete: Mathematik und Physik, Philosophie, Pädagogik, Staatslehre und Geschichte, Chemie, Biologie, Geologie.

Die Hörgeldgebühr je Kurs und Lehrabschnitt beträgt 2,50 M. Wer einen zweiten oder dritten Kurs belegt, zahlt für alle Kurse die Hälfte. Erwerbslose erhalten bei Vorzeigung der Kontrollkarte für alle Kurse Freikarten. Karten im Vorverkauf und Lehrpläne erhält man in der Geschäftsstelle, Burgstraße 8 III. (9 bis 16 Uhr, Sonnabends 9 bis 13 Uhr), im Abendheim der Volkshochschule, Breite Straße 11 (17 bis 20 Uhr), ferner bei den Volkshochschulämtern der Bezirke. Lehrpläne sind außerdem in allen städtischen Büchereien und deren Zweigstellen zu haben.

widerstrebend gingen die beiden Kommunisten nun hinaus, begleitet vom Gesang der Internationale und abwechselnden Hoch- und Niederrufen. Nach erneuter Eröffnung der Verhandlung lärmten die übrigen Kommunisten weiter und verlangten jetzt die Wiederzulassung der ausgeschlossenen zwei Kommunisten. Wiederrum Unterbrechung der Sitzung und Zusammenritt des Kellereinsatzschusses. Die Verhandlung sollte weitergeführt werden und Satzleder das Wort erhalten. Ehe er jedoch dazu kam, wurde von den

Deutschnationalen zur Geschäftsordnung beantragt, die Bedarfsanmeldung ohne weitere Aussprache en bloc anzunehmen. Die Abstimmung über diesen Antrag ergab Annahme deselben durch alle bürgerlichen Parteien bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten. Darauf wurde diese Radaufsitung sofort vom Vorsteher geschlossen, so daß der sozialdemokratische Antrag, der Auffüllung von Verkehrsraumstellen vor allen Schulen des Bezirks fordert, erst in der nächsten Sitzung verhandelt werden kann.

Im modernsten Warenhaus der Welt auch die modernsten Lebensmittel

Abteilung mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit

BUTTER UND KÄSE Molkereibutter . . . Pfd. 1.38 Tafelbutter . . . Pfd. 1.70 1.52 Dänische Butter . . . Pfd. 1.82 Margar. Pflanzenfett Pfd. 0.50 Bratenschmalz . . . Pfd. 0.78 Limburger 20% . . . Pfd. 0.52 Romadour, vollfett . Pfd. 0.95 Steinbuscher, vollfett Pfd. 0.90 Echt. Els. Münsterkäse 1.60 Edelrahmkäse . . . Pfd. 1.50 Schlemmer-Blockkäse, Pfd. 1.10 Tilsiter Art o. Rd. Pfd.-Pak. 0.75 Emmentaler Art Pfd.-Pak. 0.88 Emmenthal. Art. 1/2 Schokt. 0.75 Schweizer, echt Emmenth. 1.48 Vollfetter Brie 0.88 Comembert vollf. Schokt. 0.25	WEINEU.SPIRITUOSEN Frkf. Apfelwein 10 Ltr. 4.80 Ltr. 0.48 Bowlenwein . . 10 Ltr. 7.50 Ltr. 0.80 Wintringer . . 10 Ltr. 9.50 Ltr. 1.00 Liebfräumlisch . 10 Ltr. 12.00 Ltr. 1.25 Utiel 10 Ltr. 8.50 Ltr. 1.00 Johannisbeerw. 10 Ltr. 7.00 Ltr. 0.75 Tarragona . . . 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10 Samos 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20 Malaga 10 Ltr. 12.50 Ltr. 1.30 Douro Portwein 10 Ltr. 17.50 Ltr. 1.80 Rein. Weinbrd. Spezial m. Fl. 4.80 Alter Korn, gelb 38% 1 Ltr.-Fl. 3.80 Alter Wacholder . 1 Ltr.-Fl. 4.40 Weinbrand Cabinet . m. Fl. 3.95 Halb. Halb. Cherry Brandy 3.50 Bosenheimer-Berg Fl. 0.95 Nittaler Leiterchen Fl. 1.15	Rebhühner . . . an Stck. 1.25 Hühner, gefr. . . an Pfd. 0.88 Masthühner, fr. an Pfd. 0.90 Jg. Gänse, frisch an Pfd. 0.95 Supp.-Tauben fr. an Stck. 0.58 Enten an Pfd. 0.90 Brathähnchen . an Stck. 0.98 Gänse fr. ausgeschlachtet billigst Hirschblatt . . . an Pfd. 0.90 Wildschweinkeule Pfd. 1.40 Wildragout . . . Pfd. 0.40 Edamer vollfett . Pfd. 0.84 Weideblume 35% . Pfd. 0.80 Harzer Käse 1 Pfd. Pack. 0.35 Obstschaumwein Fl. 1.25, 1.00 Gimmeld. Meerspinne 1.40 Blutu. Leberwurst, fr. Pfd. 0.88 Gek. Schinken in Stücken Pfd. 1.80 Stangensparg. dünn 1/2 Ds. 1.95 Spargelabschn. 1/2 Dos. 0.90 Jg. Erbsen m. Karotten mittelfein 1/2 Dos. 0.88 Pflaumen mit Stein 1/2 Dos. 0.60 Reineclauden . 1/2 Dos. 1.00 Erdbeerenroh eingel. 1/2 Ds. 1.50	OBST UND GEMÜSE Kurtrauben, Pfd. 0.28 Goldwein Kst. ca. 3 1/2 Pfd. Kst. 1.70 Alicante hall. Wein . . Pfd. 0.75 Tafeläpfel (gef. Cardinal) Pfd. 0.38 Goldparmänen Pfd. 0.33 Musäpfel, groß Pfd. 0.15 Kochbirnen, gr. an 2 Pfd. 0.35 Gellerts Butterbirne . Pfd. 0.33 Gute Luise 2 Pfd. 0.55 Pflaumen blaue 5 Pfd. 0.84 Rot-o. Wirsingkohl . . Pfd. 0.03 Blumenkohl Kopf an 0.10 Schoten grüne 2 Pfd. 0.45 Blattspinat 2 Pfd. 0.15 Bohnen grüne Pfd. 0.10 Tomaten an 3 Pfd. 0.10 Neue Kartoffeln . . . 10 Pfd. 0.25	WURSTWAREN Wiener Würstchen . Pfd. 1.20 Dampfwurst . . . Pfd. 0.98, 0.78 Leberwurst, Havem. Art 1.10, 0.95 Bauernleberw. i. Rg. Pfd. 1.38 Feine Leberwurst . . Pfd. 1.40 Sülzwurst Pfd. 0.95 Speckwurst Pfd. 0.95 Fleischwurst Pfd. 1.05 Jagdwurst Pfd. 1.15 Bierwurst Pfd. 1.88 Filetwurst Pfd. 1.78 Schinkenpolnische . Pfd. 1.18 Streichmettwurst . . Pfd. 1.25 Zerelat u. Salami . Pfd. 1.65 Teewurst, grob u. fein Pfd. 1.78 Schweinebacken, geräuch. 0.85 Nußschinken Pfd. 1.95
KONFITUREN Creme-Hütchen . . . Pfd. 0.70 Rekord-Pralinen . . . Pfd. 0.98 Kokosflocken m. Schok. Pfd. 0.98 Pralinen-Mischung . Pfd. 0.75 Speise-Bruch-Schok. Pfd. 0.90 Vollmilch-Bruch-Schok. 1.00 Malzbonbon Pfd. 0.50 Hustenmelange . . . Pfd. 0.80 Haselnußbonbon, gef. Pfd. 0.70 Teegebäckmischung Pfd. 1.00 Herrenkringel Pfd. 1.00 Halbmondkeks m. Schok. 1.00 Gußzwieback, gem. Pfd. 1.20	DELIKATESSEN Olsardinen an Dos. 0.20 Sprossen in Öl 2 Ds. 0.85 Brieslinge i. Öl u. Tomat. Ds. 0.50 Fettheringe in Tom. Ds. 0.75 0.55 Pilchards in Tomaten . . Ds. 1.10 Makrelen in Öl . . . 1 Pfd.-Ds. 1.10 Salm Ds. 1.50 0.80 Gabelbissen Ds. 0.65 Rollheringe i. Rem. . Ds. 1.25 0.85 Bismarckheringe . 1 Ltr.-Ds. 0.85 Ochsenmaulsalat 450gr.-Ds. 0.95 Würstchen 5 Paar Ds. 0.88 Kirschkonfitüre ca. 2 Pfd.-Eimer 1.35 Aprikosenkonfit. ca. 2 Pfd.-Eim. 1.15 Himbeergelee ca. 1 Pfd.-Glas 0.88 Johannisbeergelee ca. 1 Pfd. 0.75	Qualitätsfleisch aus eigener Groß-Schlächtereil In dieser Woche ganz besonders niedrige Preise für Qualitäts-Schweinefleisch	KOLONIALWAREN Weizenmehl 000 Pfd. 0.23 Wiener Auszugsmehl 5 Pfd. 1.35 Kartoffelmehl Pfd. 0.19 Eierfadennudeln Pfd. 0.50 Weizengrieß Pfd. 0.29 Gelbe Erbsen Pfd. 0.20 Grüne Erbsen an Pfd. 0.18 Bassein-Reis Pfd. 0.23 Puddingpulv., lose . an Pfd. 0.40 Tafelöl Ltr. 0.78 Aprikosen an Pfd. 0.82 Sultaninen an Pfd. 0.40 Corinthen Pfd. 0.58 Kalif. Birnen an Pfd. 0.90 Pflirsiche Pfd. 0.88 Kaffee stets frisch . . an Pfd. 1.90	FISCHE, RAUCHERWAR. Schellfisch ohne Kopf Pfd. 0.28 Seelachs a. Kopf i. Gz. Pfd. 0.20 Kabeljau a. Kopf i. Gz. Pfd. 0.28 Goldbars ohne Kopf . Pfd. 0.22 Fischilet Pfd. 0.38 Grüne Heringe 3 Pfd. 0.45 Flensburg. Muscheln 3 Pfd. 0.40 Lebende Aale an Pfd. 0.98 Spiegelkarpfen Leb. an Pfd. 1.05 Bleie Lebend 2-4 Pfd. Pfd. 0.90 Lachs, gefroren i. Gz. Pfd. 0.95 Fettbücklinge an Pfd. 0.30 Rotbars geräuchert . . Pfd. 0.48 Bundaale an Bd. 0.30

Harlemer Blumenzwiebeln
Gr. Auswahl. Billigste Preise

Auslandseier an 10 Stck. 0.73

KARSTADT bietet Ihnen immer frische Ware

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Das Land ohne Arbeitslosigkeit.

Nicht Sowjetrußland — sondern Frankreich. — Die Ursachen.

Während der ganzen Nachkriegszeit, als Deutschland, England, Italien, Belgien, die skandinavischen Länder, Polen, Rußland usw. mehr oder weniger nachhaltig unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden hatten und zum Teil — wie vor allem England und Deutschland — auch heute noch besonders schwer betroffen sind, zeigte Frankreichs Erwerbslosenstatistik lächerlich geringe Zahlen. Es wurden Voll-erwerbslose gezählt im:

Juni 1927	Dez. 1927	Juni 1928	Dez. 1928	Juni 1929	Dez. 1929	Juli 1930
21 934	13 221	1 659	897	394	817	856

Diese absoluten Zahlen beziehen sich auf die von den Kommunen und dem Staat unterstützten Erwerbslosen. Allerdings erfährt die französische Arbeitslosenstatistik nicht alle Erwerbslosen.

Frankreich kennt bisher keine allgemeine Arbeitslosenversicherung, sondern sogenannte Fonds für Arbeitslosigkeit.

Diese Fonds werden nach Bedarf von den Stadt- und Departementsverwaltungen eröffnet bzw. wieder außer Wirksamkeit gesetzt. Sie sind finanziell und organisatorisch alle an einen Nationalfonds für Arbeitslosigkeit angegliedert, der bis zu einem gewissen Prozentsatz (30 bis 50 Proz.) die Unkosten der Arbeitslosenunterstützung zu decken hilft. Diese Fonds stehen in organisatorischer Verbindung mit öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen, die in allen größeren Städten eingerichtet sind und statistische Angaben über die Zahl der Stellengesuche und Stellenvermittlung veröffentlichen. Da die Fonds aber erst dann eröffnet werden, wenn sich bereits eine gewisse Arbeitslosigkeit in einem Bezirk bemerkbar gemacht hat, so werden etwaige Arbeitslose in den Bezirken, wo keine Fonds eröffnet sind, auch nicht in die Zahl der Erwerbslosen einbezogen.

Jedenfalls ergibt sich trotz der Unvollständigkeit der angeführten Zahlen, daß in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit eine überaus geringe gewesen ist. Das folgt auch aus der Tatsache, daß die französische Landwirtschaft und Industrie

jährlich — jahraus eine große Zahl ausländischer Arbeiter beschäftigt.

Im Jahre 1929 sind insgesamt 179 321 ausländische Arbeiter nach Frankreich zugewandert, 1928 waren es 97 742. Dieser Zuwanderung steht im Jahre 1929 eine Abwanderung von 38 870 und 1928 eine solche von 53 759 gegenüber. In den vorhergehenden Nachkriegsjahren war die Zahl der ausländischen Arbeiter, die ständig in Frankreich verblieben, noch größer. Ohne diese ausländischen Arbeitskräfte wäre weder die französische Landwirtschaft noch die Industrie in der Lage, die Aufgaben zu bewältigen, die sie sich stellt. Ein großer Teil der Ernte im nördlichen Frankreich, wo Großbetriebe eine erhebliche Rolle spielen, würde nicht eingebracht werden können und der Bergbau könnte nicht annähernd die gegenwärtige Produktion erzielen, wenn er auf einheimische Kräfte ausschließlich angewiesen wäre.

Wie ist nun dieser eigentümliche Zustand des französischen Arbeitsmarktes zu erklären?

Das geringe Volkswachstum erleichtert das Fortkommen.

Selbstverständlich steht diese Erscheinung in engstem Zusammenhang mit der Tatsache, daß Frankreich verhältnismäßig dünn besiedelt ist und hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungszunahme bekanntlich an letzter Stelle unter allen Staaten steht, die eine entsprechende Statistik haben. Die Nachbarländer Frankreichs, deren natürliche Lebensbedingungen eher ungünstiger sind, haben eine sehr viel höhere Bevölkerungsdichte, so z. B. Deutschland 135, Belgien 247, sogar die gebirgige Schweiz 95 Einwohner pro Quadratkilometer, während Frankreich nur 75 pro Quadratkilometer erreicht.

Im Durchschnitt der Jahre 1924 bis einschließlich 1929 betrug die natürliche Bevölkerungszunahme in Frankreich 42 075 Personen, während sie in Deutschland, dessen Gebietsumfang etwas geringer ist als das Frankreichs, 456 348 erreichte. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß die gekennzeichneten Bevölkerungsverhältnisse das Fortkommen des einzelnen erleichtern, wobei noch hinzukommt, daß Frankreich fast durchweg von großer natürlicher Fruchtbarkeit.

Ferner unterscheidet sich Frankreich in seiner gesamten volkswirtschaftlichen Struktur sehr wesentlich von den meisten westeuropäischen Staaten, daß es

einen sehr viel größeren Volksteil in der Landwirtschaft

beschäftigt, wobei fast alle landwirtschaftlich Tätigen Selbstversorger sind und insolge dessen von der wirtschaftlichen Konjunktur unmittelbar sehr wenig berührt werden.

Der bäuerliche Grundzug des Landes äußert sich u. a. auch darin, daß die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe (weniger als 10 Hektar Anbaufläche) etwa 85 Proz. der Gesamtzahl aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, wogegen die „Großbetriebe, und als solche gelten Betriebe mit mehr als 40 Hektar, in Frankreich nur 2,4 Proz. aller Betriebe umfassen. Auch die berufliche Gliederung der Bevölkerung nach Landwirtschaft und Industrie ergibt ein deutliches Uebergewicht der Land- und Forstwirtschaft: 1921 zählte man in der letzteren 8 931 099 Berufstätige, in der Industrie dagegen nur 6 499 048.

Von Bedeutung ist ferner, daß die französische Landwirtschaft in sehr geringem Umfang in die Weltwirtschaft verflochten ist. Sie exportiert für verhältnismäßig sehr geringe Beträge und kann, abgesehen von Wein, Obst und Frühgemüse, durch die weltwirtschaftliche Konjunktur landwirtschaftlicher Erzeugnisse kaum berührt werden, zumal ihr der Binnenmarkt durch hohe Zölle und Ausfuhrprämien, die zur Entlastung des Binnenmarktes bei reichlicher Ernte gewährt werden, gesichert ist. Dennoch müßte eine Weltwirtschaftskrise, wie wir sie heute in fast allen Ländern beobachten, wenn sie Frankreich ereilen würde, einen erheblichen Teil der etwa 12 Millionen zählenden in Industrie und Handel beschäftigten Arbeitskräfte brachlegen. Wie kommt es nun, daß Frankreich nicht oder doch nur in sehr geringem Umfang von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise berührt wird? Auch das erklärt sich aus der Tatsache, daß die französische

Industrie ebenso wie die Landwirtschaft in viel geringerem Umfang auf den Export angewiesen

ist als die Deutschlands, Englands, Belgiens u. a. Lediglich die Textil-, Bekleidungsindustrie und die Kraftwagenfabrikation, nebst der Herstellung einiger Luxusartikel, sind in bedeutenderem Umfang auf Auslandsabfah angewiesen. Die Textilindustrie nimmt in der Tat, was den Konjunkturverlauf während der Nachkriegszeit anbelangt, eine Ausnahmestellung ein, die durch ihre stärkere weltwirtschaftliche Verflechtung bedingt ist. Während der Produktionsrückgang aller anderen Industriezweige bereits im Jahre 1925 den Stand von 1913 überschritten hatte, waren die Textilindustrie, das Baugewerbe und die Papierfabrikation mit einem Index von 85 (1913 = 100), 80 und 83 erheblich unter dem Niveau von 1913 geblieben. Das Baugewerbe und die Papierfabrikation haben aber in den letzten Jahren gleichfalls den Vorkriegsstand überschritten. Nur die Textilindustrie weist auch noch im Laufe dieses Jahres mit einem Index von durchschnittlich 85 einen erheblichen Rückstand gegen 1913 auf.

Die Depression in der Textilindustrie wäre noch erheblich größer, wenn nicht die französischen Kolonialmärkte in den letzten Jahren seit 1925 eine gesteigerte Kaufkraft für französische Erzeugnisse, darunter vor allem für Textilien aufweisen würden. Während der französische koloniale Export im

Durchschnitt für 1909/1913 nur 12,6 Proz. des gesamten Exports erreichte, war er 1925 auf 14,6 Proz. und 1929 sogar auf 17,6 Proz. gestiegen.

Ein weiterer Umstand, der für die französische wirtschaftliche Prosperität und damit für den günstigen Stand des Arbeitsmarktes von Bedeutung ist, ist der

für den Volkswohlstand relativ günstige Verlauf der französischen Inflation.

Während in Deutschland durch den Geldwertchwund eine völlige Vernichtung der Spargelder erfolgt ist, hat die französische Regierung die Inflation verhältnismäßig früh zum Stillstand gebracht, und die Stabilität des Franken auf einem Niveau gewährleistet, das eine nominelle Preissteigerung auf das Fünf- bis Sechsfache bedeutet. Allerdings ist auch der französische Sparer dabei geschädigt worden, aber nicht annähernd in dem Umfang wie der Deutsche. Als günstiges Moment kommt noch hinzu, daß die großen inneren Anleihen, die die Regierung in der Nachkriegszeit für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete emittiert hat, dem französischen Sparer Gelegenheit zu sehr vorteilhaften Anlagen geboten haben. Er hat insolge dessen den Wertchwund seines Geldes und die Verluste an russischen Renten verhältnismäßig leicht verschmerzt.

Mühsam ist die Stetigkeit der industriellen Konjunktur auch mitbedingt durch die völlige Unabhängigkeit Frankreichs von den ausländischen Kapitalmärkten. Frankreich ist in dieser Beziehung nicht nur unabhängig, sondern wieder in der Lage, dem Ausland erhebliche Summen Leihkapital zur Verfügung zu stellen. Der französische Kapitalexport hat in den letzten Jahren wieder erheblichen Umfang angenommen und für 1929 verbleiben bei Aufrechnung der Zinszahlungen zu Frankreichs Gunsten 5,5 Milliarden gegen 9,5 Milliarden für 1913 (France économique 1929). In diesem Zusammenhang spielen

die deutschen Reparationszahlungen.

die Frankreich z. B. 1931/32 einschließlich der Sachlieferungen 838,4 Millionen Reichsmark zuführen werden, eine nicht unwesentliche Rolle. Sie verstärken die Kapitalbildung, was um so mehr ins Gewicht fällt, als gleichzeitig die deutsche Wirtschaft hinsichtlich der Kapitalbildung in den nächsten Jahren mit annähernd 2 Milliarden Mark Reparationszahlungen vorbelastet ist. In der deutschen Wirtschaft „arbeitet“ zur Zeit auch eine recht erhebliche Summe französischen Kapitals. Nach einer Schätzung für 1929 erreichten die kurzfristigen französischen Investitionskonten (Akzepten für deutsche Rechnung) 1 Milliarde Franken. Außerdem ist schätzungsweise die gleiche Summe als Depositionen in deutschen Banken untergebracht. (L. Pommeroy von der Ecole des Hautes Etudes Commerciales.)

Schließlich wird der französische Arbeitsmarkt noch dadurch günstig beeinflusst, daß durch eine Volkseigentümlichkeit der Arbeitseifer und Erwerbseifer geringer ist als beispielsweise in Deutschland. Vor allem ziehen sich die Franzosen viel früher aus dem Erwerbsleben zurück als die Deutschen. Auch das ergibt eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes.

Alle diese Momente gewähren Frankreich einen ziemlich starken Schutz gegen den Einbruch der Weltwirtschaftskrise und damit gegen die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit. Nur in der Textilindustrie sind, wenn die internationale Kaufkraft weiter nachläßt, größere Betriebs-einschränkungen zu erwarten. Dadurch wird aber das Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage Frankreichs verhältnismäßig wenig beeinflusst. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch die Erwerbslosigkeit in den nächsten Jahren auf dem gleichen niedrigen Stand verharren wird, den sie heute hat.

R. von Ungern-Sternberg.

Weiteres Absinken des Zementabfahes.

Die katastrophale Lage des Baumarktes bringt natürlich auch eine schlechte Beschäftigung der Baustoffindustrien mit sich. So ist im August der Zementabfah wieder sehr beträchtlich zurückgegangen. Er betrug 512 000 Tonnen gegen 576 000 Tonnen im Juli. Im August v. J. wurde mit 787 000 Tonnen noch etwa um 50 Prozent mehr abgesetzt.

DIE GROSSE MARKE!

Frägt sich der Raucher jedesmal beim Kauf einer Zigarette, warum er gerade dieser den Vorzug gibt? Wer wirklich von einer Zigarette das vorzügliche Aroma erwartet, das den köstlichen Genuß des Rauchens gewährt, sollte unsere hochwertigen Marken:

MAKEDON

SOZIAL 4 PERFEKT 5

versuchen, die den Raucher durch ihren Duft und ihr liebliches Aroma fesseln.
MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M. B. H., MAINZ A. RH. KONZERNFREI

Generalvertretung: Carl Südel, Berlin NW 6, Luisenstraße 30, Tel. D 2, Weidendamm 3354



Peter Klöckner baut um.

Trotz Krise höhere Gewinne der J. G. Humboldt-Deutz-Oberursel.

Die seit mehreren Jahren zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen und vom Klöckner-Konzern beherrschten Unternehmen Maschinenbauanstalt Humboldt A.-G., Köln-Kalk, Motorenfabrik Deutz A.-G., Köln-Deutz, und Motorenfabrik Oberursel A.-G., Oberursel, haben in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1929/30 ihre Gewinne gegenüber dem Vorjahre noch steigern können, nachdem sie bis zum Jahre 1928 stets nur mit Verlust gearbeitet hatten. Dieses Ergebnis ist die Folge einer durchgreifenden Rationalisierung, zugleich aber auch ein Zeichen, wie wenig manche Unternehmen von der Krise berührt werden.

Die Humboldt A.-G. (Kapital 12,75 Mill.) erhöhte die Abschreibungen von 975 000 auf 1 034 000 RM. Der Reingewinn stieg von 590 000 auf 1 Mill. RM. Die Deutz A.-G. (Kapital 12,75 Mill.) steigerte die Abschreibungen von 1 003 000 auf 1 035 000 RM. und den Reingewinn von 393 000 auf 666 000 RM. Beide Gesellschaften erhöhen die Dividende von 3 auf 5 Proz. Die Oberursel A.-G. (Kapital 4,25 Mill.) verteilt bei Abschreibungen von 412 000 (388 000) RM. und einen Reingewinn von 705 000 (726 000) RM. die gleiche Dividende von 10 Proz. wie im Vorjahre. Die gegenwärtige Beschäftigung ist bei allen Unternehmen gut; der Auftragsbestand reicht für mehrere Monate.

Das Verhältnis zwischen den drei Gesellschaften war bisher so: Die Deutz A.-G. besitzt ein Viertel des Kapitals von Oberursel und ist mit diesem Unternehmen seit 1921 durch einen Vertrag auf 50 Jahre verbunden, wonach Fabrikation und Betriebe vereinigt wurden. Mit der Humboldt A.-G. ist die Deutz A.-G. seit 1924 durch einen Interessengemeinschaftsvertrag verbunden, nach dem ein Austausch der beiderseitigen Erfahrungen in der Fabrikation (Maschinen, Lokomotiven) erfolgte, die Gewinne in einen gemeinsamen Topf gehen und im Verhältnis 60 zu 40 zugunsten von Humboldt verteilt wurden. Groß-

aktionär und also Aufsichtsratsvorsitzender beider Gesellschaften ist der Schmarindustrie Peter Klöckner, dessen Konzern vom Kapital der Humboldt A.-G. 81 Proz., vom Kapital der Deutz A.-G. 58 Proz. besitzt. Außerdem besitzt jede Gesellschaft Aktien der anderen in unbekannter Höhe. Sehr viel „freie“ Aktien, d. h. also nicht von Klöckner oder die beiden Gesellschaften gebundene Aktien, sind demnach nicht vorhanden.

Nachdem sich die Interessengemeinschaft gut bewährt hat, hat der Aufsichtsrat jetzt die Vollfusion der drei Gesellschaften beschlossen, worüber die Generalversammlungen im Oktober beschließen werden. Man erhofft sich davon „weitere Ersparnisse auch von Steuern wie (weiterer!) Gewinnmöglichkeiten“, was nur den Schluß auf Zusammenlegung der Produktionsstätten mit nachfolgenden Lohnersparnissen zuläßt.

Aufnehmende Gesellschaft wird die Humboldt A.-G. sein: für eine Deutz-Aktie wird eine Humboldt-Aktie, für drei Oberursel-Aktien werden fünf Humboldt-Aktien gegeben werden. Die Oberursel-Aktionäre haben aber das Recht, ihre Aktien für 150 Proz. zu verkaufen, was nach den augenblicklichen Kursverhältnissen für sie das günstigere ist. Humboldt wird dazu das Kapital auf 31. Mill. erhöhen und in Zukunft Humboldt-Deutzmotoren A.-G., Köln, firmieren. Durch den Umtausch werden aber nicht alle Aktien aus der Kapitalerhöhung ausgetauscht werden, so daß ein bedeutender Rest zur Verfügung der Gesellschaft (oder Klöckner) bleiben wird. Weitere Angliederungen sind danach wahrscheinlich.

Es werden hier also neue Borrats- oder Verwaltungskonten geschaffen. Der neue Aktienrechtentwurf sieht ihr Verbot vor. Peter Klöckner scheint an ein baldiges Inkrafttreten des neuen Aktienrechts nicht zu glauben.

Benzin um 1 Pfennig billiger.

Seit Jahren geht der Kampf der Betriebsstaff-Konvention gegen die Kutschenleiter um Hochhaltung des Benzinpreises. Die Konventionen sind jetzt so langsam geworden, daß bei der seit Jahren steigenden Produktion die Vorräte sowohl in den Produktions- (Amerikal) wie in den Absatzländern immer stärker wachsen. Die mit der letzten Zollserhöhung erfolgte Verteuerung in Deutschland hat ebenfalls abfahremmend gewirkt, so daß sich die Betriebsstaff-Konvention jetzt zu einer Herabsetzung des Preises um einen Pfennig auf den Liter entschließen mußte. Das ist wenig genug, da das nur einer Ermäßigung um 3 bis 4 Proz. entspricht; einen Willen zur Verringerung der Preispolitik läßt diese Maßnahme leider nicht erkennen.

Ein Elektrokartell in Italien.

Eine Organisation von internationaler Bedeutung.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat eine Reihe italienischer Firmen beschlossen, für den Vertrieb großer elektrischer Maschinen ein gemeinsames Verkaufsbüro zu errichten. Durch die Art und Konzernzugehörigkeit der Begründer kommt dieser Gründung internationale Bedeutung zu: es handelt sich um die zum Brown-Boveri-Konzern gehörige Tecnomasio Brown Boveri-Gesellschaft sowie die Compagnia Generale di Eletticità, die von der amerikanischen General Electric Company kontrolliert wird und auch der A.E.G. nahe steht. Außerdem sind fünf italienische Firmen beteiligt.

Eine solche Zusammenarbeit des Brown-Boveri-Konzerns, der in Europa über ein weitverzweigtes Netz von Fabrikationsunternehmen unterhält und auch in Deutschland (Mannheim) eine große Tochtergesellschaft beherrscht, mit der General-

Electric A.E.G.-Gruppe tritt hier zum erstenmal in Erscheinung und ist um so wichtiger, als nunmehr auch auf anderen Märkten eine entsprechende Kartellierung — in Italien scheint sie vollkommen syndikalitätsmäßig, mit festen Quotenanteilen der einzelnen Unternehmungen, aufgebaut zu sein — in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Deutsche Reichspost 1929.

Höhere Gesamteinnahmen. 150 Milliarden Postfahrdumsatz

Das Ergebnis des Rechnungsjahres 1929 (1. April 1928 bis 31. März 1929) der Deutschen Reichspost war nicht unbeeindruckt von der Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Paket- und Telegrammverkehr sind wie in den Vorjahren weiter zurückgegangen: im Jahre 1929 ging auch der gewöhnliche Briefverkehr um 1,4 Prozent zurück. In allen übrigen Zweigen ist eine, wenn auch gegen früher verlangsamte Steigerung eingetreten.

Nach günstig abgelaufenen Versuchen im Jahre 1928 wurde im vergangenen Rechnungsjahr der Landpostdienst in größerem Umfang umgestellt. Eine stärkere Benutzung von Kraftwagen ermöglichte die Errichtung neuer Poststellen, so daß ein großer Teil der Landbevölkerung jetzt schneller von der Post versorgt wird. Ende März 1929 gingen von 300 Postämtern 540 Landkraftposten aus, die 1150 Postagenturen und 7231 Poststellen bedienten.

Der Bestand an Kraftfahrzeugen betrug Ende März 10 920 Kraftwagen, die auf 2286 Linien mit einer Streckenlänge von 43 815 Kilometer Güter und Personen beförderten.

Der Postfahrdverkehr erreichte bei 975 000 Postfahrdkonten einen Umsatz von 150,7 Milliarden Mark. Davon wurden 83 Prozent bargeldlos ausgeführt.

Die Mechanisierung des Fernsprechverkehrs wurde so gefördert, daß am Ende des Rechnungsjahres mehr als 20 Pro-

zent, nämlich 1453 von 6666 Vermittlungsstellen auf selbständigen Betrieb umgestellt waren. In diese Automatenämter waren aber mehr als 50 Prozent aller Hauptanschlüsse angeschlossen, weil die Mechanisierung naturgemäß in den großen Städten am weitesten fortgeschritten ist.

Die Rundfunkteilnehmer hatten die Zahl von drei Millionen überschritten.

Trotz der rückläufigen Konjunktur war das Ergebnis des Geschäftsjahres nicht ungünstig. Die Gesamteinnahmen stiegen von 2205 Millionen auf 2281 Millionen Mark. Der Ueberschuß betrug 222,7 Millionen Mark, (235,9 Millionen), von dem 151,5 (gegen 120) Millionen an das Reich abgeführt wurden; der Rest wurde dem Vermögen zugerechnet.

Größerer Reichsbahnverkehr im August

Im Juli 415 Millionen Einnahmen.

Der Güterverkehr hat sich bei der Deutschen Reichsbahn im August, trotz Einziehung der Ernte- und Düngemitteltransporte, gegenüber dem Vormonat nur um 0,25 Proz. auf 128 195 Wagen arbeitsmäßig gesteigert. Der Personenverkehr erreichte nicht dieselbe Höhe wie im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen werden mit 415,498 Millionen Mark angegeben, denen Ausgaben in Höhe von 416,084 Millionen Mark gegenüberstehen. Der Gesamteinnahmefall bis Juli 1930 wird gegenüber dem Vorjahr mit 391 Millionen Mark angegeben. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die starke Reservenbildung der Reichsbahn. Im übrigen zeigt sich wieder, daß die Politik der Tarifierhöhungen, die von der Reichsbahn hemmungslos verfolgt wird, nicht die erwarteten Erfolge gebracht hat.

Stahlerzeugung leicht gesteigert.

Walzwerksproduktion noch rückgängig.

Der Monat August hat zwar mengenmäßig noch einen leichten Rückgang gegenüber Juli gebracht, und zwar von 906 000 auf 896 000 Tonnen; da der August aber einen Arbeitstag weniger hatte, ergibt sich eine arbeitsmäßige Steigerung der deutschen Stahlerzeugung von 33 863 auf 34 481 Tonnen. Diese Steigerung bedeutet nicht viel gegenüber dem Hochstand von 51 921 Tonnen im August vorigen Jahres. Man wird abwarten müssen, ob die leichte Erhöhung der Stahlerzeugung zufällig war, mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängt oder Konjunkturbedeutung hat.

Im Gegensatz dazu ist die Leistung der Deutschen Walzwerke im August gegenüber Juli auch arbeitsmäßig noch zurückgegangen. Sie sank insgesamt von 664 000 auf 620 000 Tonnen gegenüber 1 018 000 Tonnen im Vorjahre. Arbeitsmäßig ist die Erzeugung von 24 609 auf 23 841 Tonnen gesunken gegen 37 694 Tonnen im August vorigen Jahres.

Eine Mittelernte.

Die letzten Ernteschätzungen des Staatlichen Reichsamts für Anfang September zeigen bei den meisten Getreidearten etwas bessere Ergebnisse als die Schätzungen von Anfang August bei denen die Witterungsverhältnisse etwas zu ungünstig angelegt wurden. Man erwartet bei Winterroggen eine Ernte von 7,62 gegen 8,05 Millionen Tonnen im Vorjahr, bei Winterweizen 3,26 gegen 3,97 Millionen Tonnen, bei Sommergerste 2,24 gegen 2,80 Millionen Tonnen und bei Hafer 5,47 gegen 7,28 Millionen Tonnen. Bei Roggen ergibt sich also ein Rückgang um rund 5,4 Prozent, bei Hafer sogar ein Rückgang von 25,9 Prozent.

Im Vergleich der Durchschnittsergebnisse der letzten sechs Jahre (1924 bis 1929) folgt die diesjährige Getreideernte als Mittelernte bezeichnet werden. Nur bei Sommergerste und Hafer bleibt sie hinter dem sechsjährigen Durchschnitt um 200 000 bzw. 900 000 Tonnen zurück. Bei Winterroggen und Winterweizen dagegen liegt die diesjährige Getreideernte noch je um rund 450 000 Tonnen über dem Sechsjahresdurchschnitt.

Strümpfwaren

Strickwaren

Unterzeuge

Nicht der Preis, die Qualität entscheidet

Damen-Strümpfe

künstliche Waschseide, feinmaschig auch plattiert oder Mako und Flor Pf. **95**

Damen-Strümpfe

künstl. Waschseide, mod. Farb. od. Wolle, Sportstrümpfe engl. Melangen . . . M. **125**

Damen-Pullover

mit Kragen und Gürtel in verschiedenen Ausführungen . . . M. **195**

Damen-Westen

und Pullover mit Kragen, Gürtel, in schöner Ausmusterung **490**

Damen-Schlüpfen

Kunstseide, glatt oder gestreift, auch Mako oder Futterschlüpfen Pf. **95**

Damen-Schlüpfen

angeraut m. kunsts. Decke und Charmeuse oder feine Rundstuhl-Qual. M. **145**

Damen-Strümpfe

künstl. Waschseide, auch Bemberg und Flor plattiert oder reine Wolle . . . M. **175**

Damen-Strümpfe

reine Seide unbeschwert od. r. Wolle schwere Qual. auch Wolle/Seide platt. **245**

Pullover-Westen

für Damen und Herren, neue schöne Herbst-Dessins . . M. **690**

Damen-Westen

und Pullover, reine Wolle, in schönen Farbstellungen M. **875**

Damen-Schlüpfen

Charmeuse, doppelmaschig, oder Kunstseide plattiert, in feinen Fabren M. **175**

Kinder-Schlüpfen

Futterschlüpfen, angeraut mit kunstseid. Decke, alle Größen . Pf. **95**

Herren-Socken

neue Fantasie-muster . . Pf. 50 Flor mit Kunstseide mod. Streif. Pf. 95, **25**

Kinder-Strümpfe

Baumwolle, grau und beige Farben, Gr. 7 bis 10 Pf. 75 Größe 1 bis 6 Pf. **50**

Strickkleider

für Damen, auch Orig. Wien, reine Wolle M. **1975**

Kinder-Pullover

Reißverschluss, Größe 40 M. Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr **245**

Einsatzhemden

gute Trikotqualität, mod. Muster, oder Herr-Hos. echt ägypt. Mako, Gr. 4-6, M. **175**

Herren-Hosen

echt ägypt. Mako, 2fäd. oder gute wollgem. Qualität Größe 4 bis 6 M. **245**

Mengenabgabe vorbehalten • Kein Verkauf an Wiederverkäufer

KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Die Konsumgenossenschaft in Kampfstellung

Abwehr ungerechter Gerichtsurteile / Förderung internationaler Zusammenarbeit

In der am 15. September 1930 im Lehrervereinshaus Berlin, Alexanderplatz abgehaltenen außerordentlichen Vertreter-Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend erörterte zunächst Geschäftsführer Paul Lange die in dem letzten Jahre gegen die Konsumgenossenschaften gerichteten Entscheidungen der Gerichte und besprach im besonderen die Urteile der 12. Zivilkammer des Landgerichts I in Sachen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Die Konsumgenossenschaften haben in der Gegenwart nicht nur Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu überwinden, die in der stark zurückgegangenen Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung ihre Ursache haben; sie befinden sich auch in einem scharfen Abwehrkampf gegen die Genossenschaftsgegner und die hinter ihnen stehenden Parteien, denen es gelungen ist, durch Parlamentsbeschlüsse den Konsumvereinen Sondersteuern aufzubürden. Dieselben Kreise, die vom Staat in reichlichster Weise mit Unterstüßungen in verschiedener Form bedacht werden, scheuen sich nicht, den Selbsthilfseorganisationen der Verbraucher durch Ausnahmebesteuerung die Erträge ihrer segensreichen Arbeit zu schmälern. Dazu gefellen sich

Gerichtsurteilungen, die deutlich den Stempel der Klassenjustiz tragen.

So ist es den Konsumvereinen unteragt, durch Befanntgabe einwandfreier Preisvergleiche der Deffektivität ihre Leistungsfähigkeit darzutun. Bei der Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Lübeck wurde in einer Ueberfalle von Beispielen die gegen die Konsumgenossenschaften gerichtete, nicht objektive Spruchpraxis der Gerichte erwiesen.

Die Berliner Genossenschaft ist bisher von gerichtlichen Auseinandersetzungen mit ihren natürlichen Gegnern verschont geblieben. Es hat sich aber eine Seite gefunden, von der die Gerichte in rücker Weise gegen die Konsumgenossenschaft Berlin angerufen werden.

Auf Veranlassung der kommunistischen Partei haben kommunistische Mitglieder der Konsumgenossenschaft Prozesse gegen die Genossenschaft angestrengt

und zum Teil obliegende Urteile erzielte, wobei nicht genügende Beachtung von Formalitäten als Begründung angeführt wird. In der letzten Streitfache stellte sich indes das Landgericht I auf den gerade entgegengesetzten Standpunkt, um die Genossenschaft verurteilen zu können. Weil die Genossenschaft bei den Wahlen zur Generalversammlung

im Jahre 1929 aufs genaueste die Vorschriften der Satzungen beachtet hat, deshalb sollen die Wahlen ungültig sein und die neuen Satzungen außer Kraft gesetzt werden! Die genossenschaftsgegnerische Einstellung der Richter zeigte sich weiter in dem Bemühen, der Genossenschaft die Berufungsmöglichkeit gegen das Urteil abzuschneiden, indem das ungerechte Urteil gegen Erlegung von 200 Mark als vollstreckbar erklärt wurde. Dieser Streit ist allerdings abgewehrt worden — das Kammergericht wird eine Nachprüfung vornehmen und sicher das unhaltbare, einen Rechtsbruch darstellende Urteil des Landgerichts beseitigen.

In der Aussprache machten drei kommunistische Vertreter den Versuch, die Anrufung des von ihrer Seite sonst ja verpönten Kassengerichts gegen das eigene Unternehmen zu entschuldigen. Die Generalversammlung leitete, nach einem Schlusswort des Referenten, ihre Entrüstung über die kommunistischen Treibereien und das landgerichtliche Fehlurteil in folgende Entscheidung, die gegen wenige Stimmen zur Annahme gelangte:

„Die am 15. September 1930 stattfindende außerordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend erblickt in dem Urteil der 12. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin vom 18. Juni 1930 keine Entscheidung, die der tatsächlichen Rechtslage entspricht. Die erwähnte Entscheidung, durch die bestimmte Vorschriften der rechtsgültigen Satzung ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden sollen, ist ein reiner Willkürakt. Auch in der Tatsache, daß die 12. Zivilkammer verurteilt hat, der Genossenschaft den weiteren Rechtsmittelweg abzuschneiden, erblickt die Generalversammlung mangelnde Objektivität der Richter. Die Generalversammlung hofft, daß durch das künftige Urteil des Kammergerichts Recht und Gerechtigkeit wieder hergestellt werden.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab die Generalversammlung nach Begründung durch Vorstandsmitglied Lange ihre Zustimmung zum Ankauf von unbebauten Grundstücken in Fredersdorf, Buch und Teltow. Auf diesen Grundstücken werden genossenschaftliche Gebäude errichtet, in denen Konsumgenossenschaftliche Abgabestellen zur Eröffnung gelangen. In Werneuchen erfuhr der Grundbesitz durch Hinzukauf einer Parzelle eine Abrundung, die eine bessere Ausnutzung gestattet. Anschließend verlas das Aufsichtsratsmitglied Emil Buchholz den Bericht des Verbandsexperts, dem zu entnehmen ist, daß die gesamte Geschäftsführung der Genossenschaft zu irgendwelchen Bemängelungen keinen Anlaß gibt.

Von der Tagung des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine gab Generalversammlungsvertreter Stepona! einen kurzen Bericht. Geschäftsführer Paul Lange entwarf ein Bild der Verhandlungen des Internationalen Genossenschaftskongresses in Wien. Die russische Delegation hat die Tagungzeit im Uebermaß in Anspruch genommen und mehrfach unbedingte Angriffe gegen die deutschen Konsumvereine gerichtet. Bei künftigen Tagungen muß Vorbeuge getroffen werden, daß ein derartiger Mißbrauch vermieden wird. Einen Kernpunkt der Verhandlungen haben

die Beziehungen zwischen Verbrauchervereinigungen und landwirtschaftlichen Genossenschaften

gebildet. Allseitig ist der Wille zum Ausdruck gebracht worden, die Verbindungen zwischen Verbraucher und Erzeuger enger zu knüpfen. Um diese Bestrebungen zu unterstützen, wurde von der Generalversammlung nachschießende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die am 15. September 1930 stattfindende außerordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend begrüßt den Standpunkt des Internationalen Genossenschaftskongresses, daß eine möglichst enge Verbindung zwischen den Verbrauchern und landwirtschaftlichen Produzenten hergestellt werden soll. Die Generalversammlung ist bereit, die internationale Zusammenarbeit der Verbrauchergenossenschaften zu fördern und richtet an den Zentralverband deutscher Konsumvereine das Ersuchen, mit dem Präsidenten des Internationalen Genossenschaftsbundes Verhandlungen herbeizuführen, durch die diese internationale Zusammenarbeit auch in Zukunft gewährleistet wird.“

Wieder Jackson-Girls in der Scala.

Nach eineinhalbjähriger Abwesenheit gibt es wieder Jackson-Girls auf der Bühne der Scala zu sehen. 16 Mädchen in einem Tempo, 32 Beine und 32 Arme, die ein Rhythmus bewegt — das Vergnügen an soviel Egottheit bewegt noch immer die Welt und der Drill triumphiert. Der Tanzakt Balliol und Merton ist mit sehr viel Rühtheit und ebensoviele Grazie durchgeführt. Mit gemachter Ungeschicklichkeit jongliert der lebenswürdige Gaston Palmer. Seine Köpfe und Bälle wollen durchaus nicht so wie er will und wenn es ihn schließlich doch gelingt, alle Köpfe in ihre Gläser zu bringen, herrscht eitel Freude. Dann sind da die zwei Musical-Jovers-Clowns. Franco Piper, der Banjokönig, spielt seine Instrumente in allen möglichen und unmöglichen Lagen. Zuletzt drehen sich 20 Banjos und er, sie alle zu gleicher Zeit spielend, auf der Bühne. Die goldenen Athleten Briz und Partner stellen gute Bilder und die beiden Pierrats sind Akrobaten von außerordentlicher Gewandtheit und Vielseitigkeit. Zehn Minuten potenziertes Amerikanismus könnte man das Norman-Thomas-Quintett nennen. Sie singen, tanzen, trommeln in einem Tempo, daß einem Hören und Sehen vergeht, jeder einzelne von ihnen ein Künstler ersten Ranges.

Am 16. September, abends 8 Uhr, verchied nach kurzem, schwerem Leiden, mein lieber guter Mann, der Schriftlegerinvalide

Otto Gönnert

im 66. Lebensjahre. Dies geht tiefbetrubt an

Martha Gönnert, geb. Brück

Bismarckstr. 16, Sept. 1930

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. September, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Original - Befema

Patentmatratzen / Ruhebetten mit Befema-Federung

Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff — ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Knarren. Für schwerste Belastung. Überall erhältlich. 20 Jahre Garantie.

Bert. Federmatratzen-Fabrik, Kopenstr. 20

Nach kurzer Krankheit verchied am Dienstag, dem 16. September, im Alter von 53 Jahren, mein lieber Vater, der Strohweber

Otto Martin

Im Namen der Hinterbliebenen

Otto Martin und Frau.

Trauerfeier am Sonnabend, dem 20. September, 10^{1/2} Uhr, im Krematorium Baumfuhlenweg.

Mein Kapitän-Kautabak

schmeckt mir doch am besten!

Tätowierungen

Muttermale, Leberflecke unter voller Garantie fein gestrichen, fein schmelzen.

Cusstor, Elsassstr. 78, 1. Treppe, Nähe Wollweberstr. 10-11, Sonntag, 10-11.

Schaumig beim Rühren, verlässlich beim Backen..

Rama lässt den Kuchen gelingen

Mit Rama gibt es keine Backsorgen! Müheles läßt sie sich schaumig rühren! Bald wirft der Teig Blasen, bestimmt wird er gut gehen. Verwenden Sie Rama Margarine ohne jede Beimischung; sie enthält alle wertvollen Fettstoffe, die dem Kuchen Nährwert verleihen. Auch zum Ausschmieren der Form nur Rama! Dann löst sich der Kuchen leicht ab. Rama läßt ihn geraten, köstlich schmeckend, locker und zart.



Siedlung Holländer Hoppegarten Parzellen

Fordern Sie Prospekt!

qm von 1.35 an

Wagenfreifahrt ab Bahnhof Hoppegarten

Verkaufsbüro: Niederheider Straße, Ecke Festionsstraße Fernruf: Neuenhagen 599

Empfehlenswerte Spezialität

Kommissbrot

WITTLER BROT-FABRIKEN

Heraus aus der Reserve!

Kongress des ADB. für Erhaltung des parlamentarischen Systems.

München, 18. September. (Eigenbericht.)

In München begann am Donnerstag der 3. Kongress des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Unter den Gästen sah man auch den Reichstagspräsidenten Lohse. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hatte ein Begrüßungstelegramm geschickt. Die Grüße der französischen Bruderorganisation überbrachte Laurent, der als vornehmste Aufgabe der Beamteninternationalen die Bestrebung bezeichnete, Mißverständnisse zwischen den Völkern zu beseitigen und Kriege zu verhindern. Der Redner beabsichtigt, für das kommende Jahr größere Reisen von französischen Beamten nach Deutschland zu organisieren, damit die französischen Kollegen hier die sozialen und kulturellen Verhältnisse studieren könnten.

Der Vorsitzende des Bundes, Genosse Falkenberg, führte zum Geschäftsbericht unter anderem folgendes aus: Die Organisationslage des ADB. hat sich im Laufe der Berichtzeit in mangelhafter Beziehung gebessert. Das ergibt sich nicht nur aus dem stetigen Mitgliederzuwachs, sondern auch aus einer nicht unerheblichen Konzentration der Kräfte und einem gut fortschreitenden Auf- und Ausbau der Landes-, Provinz- und Ortsausschüsse. Trotz des Vordringens der Reaktion auf politischem und verwaltungsmäßigem Gebiet hat sich die freie Beamtenbewegung ihre Rechtsposition weiter verstärken können.

Am 31. Dezember 1929 gehörten dem ADB. 24 Verbände mit über 177 000 Mitglieder an.

Falkenberg verbreitete sich sodann über

das Verhältnis des ADB. zum Deutschen Beamtenbund

und erklärte, daß von einer Verschmelzung der beiden Bünde keine Rede sein könne. Es komme höchstens eine gewisse Zusammenarbeit in Betracht. Dazu sei aber notwendig, daß sich der Deutsche Beamtenbund gewerkschaftlich völlig umstelle. Heftig polemisierte der Redner gegen das Berechtigungsabweisen. Es sei ein Unfug, Leute aus dem Arbeiter- und Angestelltenstand als nicht fähig zu erklären, Beamtendienst zu tun. Die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien hätten kein Interesse an einem freien Beamtenstand. Die organisierte Arbeiterschaft müsse den Beamten Vorbild sein. Der Beamte müsse klar sein, daß er nur Arbeitnehmer ist, daß er auch nichts anderes zu verkaufen hat als seine Arbeitskraft.

In diesem Zusammenhang verteidigte Falkenberg mit allem Nachdruck die Haltung des Bundes gelegentlich der Reichstagswahlen. Er bestritt auf das entschiedenste, daß der Aufruf des ADB. zugunsten der Sozialdemokratie eine Verletzung der politischen Neutralität darstelle. Für die Beamten habe es in diesem Falle keine andere Möglichkeit gegeben, ihr Ziel zu erreichen, als auf dem politischen Wege. Sie müßten aus ihrer Reserve herausgehen. Der Redner schloß mit einem begeisterten

Bekanntnis zur freigewerkschaftlichen Idee.

Rogur vom Bundesvorstand erstattete hiernach den Kassenerbericht. Der Bund habe in der Berichtszeit eine Einnahme von 1,122 Millionen und eine Gesamtausgabe von 1,00 Millionen Mark gehabt, somit einen Ueberschuß von 32 000 Mark. Das Vermögen des Bundes sei auf 138 000 Mark angewachsen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Beitragseinnahme hauptsächlich den Zweck habe, Reserven zu schaffen für etwaige besondere Notfälle und Beteiligung an den Unternehmungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Frage der parteipolitischen Neutralität spielte in der Diskussion eine große Rolle. Ein sächsischer Delegierter sprach von Satzungsverletzung, ein Thüringer beklagte sich bitter darüber, daß der Minister Dr. Fried den Aufruf in der ADB.-Zeitung zugunsten der Sozialdemokratie zum willkommenen Anlaß genommen habe, um den ADB. als politischen Verein zu erklären. Chefredakteur Händeler von der Bundeszeitung betonte, daß es in diesem Augenblick für die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft gar nicht anders möglich war, als sich für die Sozialdemokratie einzusetzen. „Wir müßten“, so erklärte er, „durch unser politisches Eingreifen dafür sorgen, daß der beamtenfeindliche Brüning-Block gestürzt werde. Darüber hinaus war es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß

das parlamentarische System erhalten

bleibt. Dem war aber nicht gedient durch die Unterstützung einer der extremen Flügelparteien. Somit war die Haltung zur Sozialdemokratie am 14. September zwangsläufig vorgeschrieben. Eine Verletzung der durch die Satzung festgelegten parteipolitischen Neutralität sei also keineswegs eingetreten. Auf die Mitglieder sei in parteipolitischer Hinsicht nicht der geringste Gewissenszwang ausgeübt worden.“

Wache des Kampfes hat sich der Industrieverband sogar als Streikbrecherorganisation zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen den Unternehmern zur Verfügung gestellt. In der zweiten Streikwoche hat der „Industrieverband“ Arbeitsberechtigungskarten für die Stakerfirmen ausgegeben, die bei ihm unsere Lohnforderungen anerkannt. Der „Industrieverband“ hat dann erneut einen Teil der Firmen bestrahlt, die bei ihm bewilligt hatten, einen anderen Teil der Firmen hat der „Industrieverband“ durch Unternehmer davon verständigt, daß er sie nicht bestrahlen wird, wenn sie ihm bei Abschluß eines Tarifvertrages behilflich sind.

Daraus geht klar und deutlich hervor, daß es dem „Industrieverband“ in diesem Kampf nicht um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Staker ankam, sondern darauf, für sich unter Mißbrauch der Kampfesfreudigkeit der Kollegen einen Tarifabschluß zu erzwingen, der bereits für das Berliner Stakerergewerbe bestand und der vom „Industrieverband“ bislang bekämpft wurde.“ Der Aufruf schließt mit einem brüderlichen Appell an alle Staker, dem Kaiser-Laden den Rücken zu kehren und im BDB. die Einheitsfront aller Staker zu bilden.

Reichskonferenz im Gesamtverband.

Die erste Reichskonferenz der Abteilung der Reichs- und Staatsbetriebe, der Müropa, Theater, Varietés und Lichtspielhäuser des Gesamtverbandes in München nahm ein Referat des Ministerialrats im preussischen Wohlfahrtsministerium Wed über die Sozialversicherung der Reichs- und Staatsarbeiter entgegen. An Hand umfangreichen Zahlenmaterials behandelte Wed das weitverzweigte Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung und der Lebensversicherung. Dabei beleuchtete er die ungeheuren Verschlechterungen der Sozialversicherung durch die Brüning'sche Notverordnung.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende der Reichsabteilung David Stetter. Im Reichs- und Staatsdienst sind, wie Stetter feststellte, 85 000 Arbeiter beschäftigt, von denen 46,3 Prozent freigewerkschaftlich organisiert sind. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren gelang es, die Löhne um 47 Prozent zu erhöhen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird verlangt: Sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in allen dem Reich und den Ländern mittelbar und unmittelbar unterstehenden Betrieben und Verwaltungen, Herbeiführung einer angemessenen Entlohnung zur Bekämpfung des Konjunkturs und Herabsetzung des zum Rentenbezug berechtigenden Lebensalters auf 60 Jahre. In einer zweiten Entschließung erheben die Arbeiter der Varietés, Theater und Lichtspielhäuser Protest gegen die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Finanznot der Theater auf die gegenüber der Volksgenossen erhöhten Löhne für das technische Personal zurückzuführen sei; sie erwarten von den in den Kommunal- und Länderparlamenten tätigen Arbeitervertretern weitgehende Unterstützung im Kampf um die Erhaltung des deutschen Kulturtheaters. Eine dritte Entschließung wendet sich gegen die durch die Brüning'sche Notverordnung herbeigeführten Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Der Reichstag müsse diese verfassungswidrigen Verordnungen beseitigen.

Achtung, Maschinenseher!

Die Wahl des Vorstandes am 21. September im BDB. ist darum von entscheidender Bedeutung, weil zum ersten Male zwei grundsätzlich verschiedene Anschauungen miteinander ringen. Viele Kollegen, die bisher oppositionell gewählt haben, waren der Meinung, den Interessen der Sparte zu dienen!

Nach Aufstellung der jetzigen oppositionellen Vorstandsliste ist es klar ersichtlich, daß die Hilfe Engelmeier-Arusemarf-Danwart kommunistische Tendenzen verfolgt; und auch den BDB. in dieses Fahrwasser leiten will. Schon jetzt hat sich die Tatsache gezeigt, daß wir mit dieser „Opposition“ jeglichen Einfluß und jegliches Ansehen bei unseren Gau- bzw. Verbandsinstanzen verloren haben. Ohne unseren Verband aber sind wir machtlos!

Daher kann es für jeden Kollegen nur eins geben, vor allem aber für die Kollegen, die nicht zur Fahne Moskau schwören, den Kollegen ihre Stimme zu geben, die für eine Geschlossenheit der Organisation bürgen. Es muß im BDB. wieder so werden, daß wir innerhalb und außerhalb der Organisation den Einfluß haben, der einer solchen großen und wichtigen Sparte im Verbände zukommt.

Aus diesen Gründen empfehlen wir, folgenden Kollegen eure Stimme zu geben: 1. Vors.: Fritz Birig (Scherl), 2. Vors.: Otto Schulze (Georg Roemig), 1. Schriftl.: Ernst Kähler (Vorwärts), 2. Schriftl.: Helmuth Irrgang (Röffe), 1. Kass.: Otto Hennemann (Buchdruckwerkstätte), 2. Kass.: Hugo Wieders (Röffe), Expedient: Ernst Cullmann (H. S. Herrmann), Beisitzer: Carl Büttger (Scherl), Billi Pfeiffer (12-Uhr-Statt).

Und nun Kollegen auf zur Wahl! Wer verhindert ist, der Versammlung beizumohnen, muß mindestens sein Wahlrecht ausüben. Die Wahl findet in „Altem Festland“, Halenheide, von 9 bis 12 Uhr, statt. Kollegen, Wahlrecht ist Wahlpflicht. Reichstag der Anständerer Richtung.

Reichsmanteltarif der Buchbinder verlängert.

Zwischen dem Hauptvorstand des Buchbinderverbandes und dem Vorstand des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen ist vereinbart worden, den Reichsmanteltarif für das deutsche Buchbinderergewerbe (Apl-Vertrag) bis zum 15. Oktober 1930 zu verlängern. Der Vertrag lief bis zum 31. August.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, 19. Uhr, lassen die Gruppen: Vorwärts-Jugend, Schul-Communisten, etc. 20. Vorzug: Marxismus und Nationalismus. — Hermannsplatz: Gruppenheim Sanbecht, 11. Otto Habrechtstr. Westplatz und Lieberkeim. — Geden, Südwest: Gruppenheim Wallerstraße 9, 9. 11. Vorzug: Der Kampf um die Sozialpolitik. — Charlottenburg: Jugendheim Correnz, 10. Stargasse. — Appellplatz: Jugendheim Tücherstraße 6, 6. 11. Vorzug: (Clemens Luriger Straße). Vortrag: „Geschichte der Jugend“. — Wedding: Gruppenheim, Schule Pent. 6. Ederstraße. Vortrag: „Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften“. — Schönhauser Tor: Gruppenheim Tiedt, 18. Vortrag: „Schulen der Arbeiterschaft“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwerften

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Märkische Jugendheim Tahlwitzer Str. 15 (Marianplatz am Potsdamer Platz). Vortrag: „Die Ausgestaltung unserer Gruppenarbeit im kommunistischen Weltanschauung“. — Südwest: Jugendheim Vorzug, 11 (H. Hof, Durschstraße 1, Turmzimmer 8). Vortrag: „Anwerften“. — Wedding: Gruppenheim, Darsingstr. 19. Vortrag: „Was ich im Ökonomie sah“. Referent: Schmidt.

Neuregelung bei der BDB.

Zusatzabkommen über Arbeitsstreckung.

Bei der Berliner Verkehrs-A.G. ist es jetzt zu einer Verständigung zwischen der Direktion und dem Gesamtverband gekommen, durch die verhindert wird, daß in einem solchen Umfang Entlassungen vorgenommen werden, wie es durch den Personalüberfluß infolge des Verkehrsrückganges jetzt notwendig erschien.

Der Vorschlag der Direktion, zur Vermeidung von Entlassungen bis auf weiteres monatlich zwei Feiertage einzulegen, war bekanntlich von der Belegschaft in einer Urabstimmung abgelehnt worden. Die Direktion sah sich deshalb gezwungen, beim Oberpräsidenten die Entlassung von 1500 Arbeitern zu beantragen, wovon 400 noch während der Sperrfrist, die die Stilllegungsverordnung vorseht, entlassen werden sollten.

In den Stilllegungsverhandlungen konnte erreicht werden, daß der Antrag der Direktion dahin abgeändert wurde, nur 1400 Arbeiter, und 250 davon in der Sperrzeit, zu entlassen. Diesem Antrag hat der Oberpräsident auch seine Zustimmung gegeben.

Die Direktion machte aber von der Genehmigung zunächst noch keinen Gebrauch, sondern suchte nochmals Verhandlungen mit dem Gesamtverband, wozu eine Lösung zu finden, durch die weniger Arbeiter dem ungewissen Schicksal der Arbeitslosigkeit überantwortet würden. Der Gesamtverband hat selbstverständlich dieses Angebot nicht ausgeschlagen. Beide Verhandlungspartner waren sich darüber klar, daß es in einer Zeit katastrophaler Arbeitslosigkeit nicht zu verantworten sei, aufs neue 1400 Arbeiter, und dazu noch aus einem stillstehenden Betrieb, auf die Straße zu setzen. Es wurde schließlich zum § 1 des Tarifvertrages für das Verkehrspersonal folgende Zusatzbestimmung vereinbart:

„Die Arbeitszeit kann vorübergehend, soweit es die betrieblichen Verhältnisse bedingen, im monatlichen Durchschnitt auf

25 Tage mit 200 Arbeitsstunden herabgesetzt werden. (Im Tarifvertrag sind als normale Arbeitszeit 26 Arbeitstage mit insgesamt 208 Arbeitsstunden im Monat vorgegeben. D. Red.)

Die im Lohnvertrag vereinbarte Durchschnittsbezahlung vermindert sich bei Einführung des 200-Stunden-Monats entsprechend.“

Die Parteien haben sich weiter darüber geeinigt, daß vom Monat Oktober ab für das Verkehrspersonal monatlich eine Feiertagschicht eingelegt werden soll. Die Arbeitsstreckung beim technischen Personal soll mit den einzelnen Betriebsvertritten geregelt werden.

Da nach dem von der Belegschaft abgelehnten Vorschlag der Direktion bei zwei Feiertagschichten im Monat die Entlassungen gänzlich hätten vermieden werden können, müßten bei einer Feiertagschicht monatlich logischerweise noch 700 Verkehrsarbeiter zuviel vorhanden sein. Wie wir vom Gesamtverband erfahren, dürfte aber auch diese Zahl nicht mehr in Frage kommen, und zwar infolge des natürlichen Abganges von Personal durch Pensionierung usw.

Immerhin müssen noch Entlassungen vorgenommen werden. Das ist gewiß bedauerlich. Noch bedauerlicher aber war die Stellungnahme der Mehrheit der Verkehrsarbeiter bei der Urabstimmung. Die gerade nicht ein erhebendes Zeichen der Solidarität war, die sonst die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Privatbetrieben bei solchen Anlässen zu üben pflegen. Der Gesamtverband hat durch seine Abmachung mit der Verkehrs-A.G. den gewerkschaftlichen Grundgedanken in die Tat umgesetzt, daß die gesamte Belegschaft eines Betriebes verkürzt arbeiten müsse, wenn dadurch ein Teil der Belegschaft von der Arbeitslosigkeit bewahrt werden kann.

Anfrage an den Reichsarbeitsminister.

Verhält sich Drenstein und Koppel sozial?

Es gibt in der Berliner Metallindustrie kaum ein Unternehmen, wo die Finanzen so in Ordnung sind und wo der Beschäftigungsgrad so befriedigend wäre, wie bei der Firma Drenstein u. Koppel. Um so bemerkenswerter ist deshalb der seit Monaten systematisch durchgeführte brutale Abbau von dienstältesten Angestellten. Seit Mai d. J. dürften auf diese Weise mehr als 60 vorwiegend technische Angestellte zur Entlassung gekommen sein, die in der Mehrzahl 20 bis 30 Jahre im Dienst der Firma standen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese auch im vorgerückten Lebensalter stehenden Angestellten hoffnungslos dem Schicksal der Arbeitslosigkeit für den Rest ihres Lebens preisgegeben sind. In dem Kündigungs schreiben heißt es „gefühllos“, daß diese Entlassungen „durch organisatorische Maßnahmen“ bedingt seien. Auftragsmangel oder finanzielle Notlage mag die Firma selbst nicht ins Feld zu führen. Das dürfte auch angesichts der Gewinn- und Umsatzziffern des vergangenen Jahres nicht ganz einfach sein.

Einer der deutschen Hauptauftraggeber dieses Unternehmens ist die Reichsbahn, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das in der letzten Zeit in der Delftschicht eine sehr große Rolle spielt, für das „notleidende“ Unternehmen tut, was sie kann. Wäre hier für den Reichsarbeitsminister Stiegerwald nicht einmal eine passende Gelegenheit geboten, das „soziale“ Verhalten der Firma Drenstein u. Koppel nach-

zuprüfen und eine entsprechende Anweisung an das zuständige Beschaffungsressort des Reiches zu geben?

Die Gesamtheit der Steuerzahler hat jedenfalls einiges dagegen einzumenden, daß so gut hunderte Unternehmen den Arbeitsmarkt mit nicht mehr unterzubringenden Angestellten belasten, die mit absoluter Sicherheit für den Rest ihres Lebens Wohlfahrtsunterstützungsempfänger bleiben und der Gesamtheit zur Last fallen.

Streikerfolg der Staker.

Ein Aufruf des Bauergewerksbundes

Nach siebenwöchiger Dauer ist gestern der Streik der Berliner Staker um eine Lohnerhöhung von zehn Pfennigen je Stunde erfolgreich beendet worden. Eine abschließende Versammlung der im Bauergewerksbund organisierten Staker am Mittwoch nahm dazu folgenden Aufruf an alle der Organisation noch fernstehenden Staker an:

„Der Kampf um Berliner Stakerergewerbe ist beendet, die erstrebte Lohnerhöhung ist erreicht. Der Versuch der Unternehmer, gefördert durch gewisse Dunkelkammer, sich den bisherigen Tarifbedingungen zu entziehen, ist gescheitert. Wie war der Verlauf des Kampfes?

Die Bauergewerkschaft Berlin des BDB., Fachgruppe der Staker als Trägerin des Tarifvertrages für das Stakerergewerbe hatte zur Erreichung besserer Lohnbedingungen den Tarifvertrag gekündigt und nach dem Scheitern der Verhandlungen Kampfmaßnahmen beschlossen. Diese Maßnahmen hat der Industrieverband lediglich zur Spaltung der Berliner Staker benutzt durchkreuzt. In der ersten

Vierzig Jahre Volksbühne

Am Sonntag, dem 19. September des Jahres 1890, nachmittags 2 Uhr, veranstaltete die Berliner Volksbühne im Dönd-Theater, dem heutigen Rosa-Theater, gegen ein Entgelt von 50 Pfennig für den Platz, die erste Vorstellung. Nach einem Prolog von Richard Dehmel, den der Dichter selber sprach, wurde des sozialkritische Stück von Henrik Ibsen „Die Stützen der Gesellschaft“ gegeben.

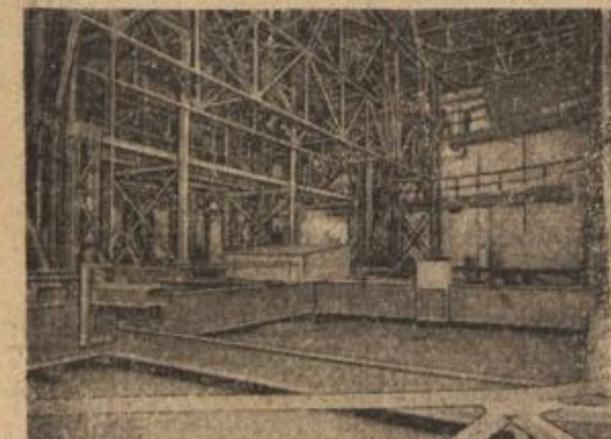
Dies ist nun vierzig Jahre her. Damals war Deutschland noch



Grundsteinlegung des Theaters am Bülowplatz (Bruno Wille am Grundstein)

ein Obristenstaat und die deutsche Arbeiterschaft stand in schwerem Kampf gegen das Sozialistengesetz. Aber sie kämpfte siegreich; die Reichstagswahlen hatten jeden annähernd 1 1/2 Millionen Sozialdemokraten im Reich gezeigt. Seit der vorangegangenen Wahl von 1887 hatten sich die Stimmen der Partei beinahe verdoppelt, die Zahl ihrer Abgeordneten hatte sich mehr als verdreifacht. Auf solchem Hintergrunde politischen Ringens und wichtigen Aufstieges des Proletariats wurde die Berliner Volksbühne gegründet. Ihre Urzelle war ein illegaler Diskussionsklub, der den harmlosen Namen „Alte Lanta“ führte; er sandte eines Tages einige seiner Mitglieder zu Bruno Wille, dem gottlos gläubigen Romantiker, dem Pionier freien Geistes, dem Propheten der jungen Dichter des Naturalismus, um ihn zu bitten, er möge auch den Arbeitern Gelegenheit schaffen, teilzuhaben an der Revolution der Geister, am Werden einer Kunst, die der Mastocade entsagen und der Wahrheit dienen wollte. Dieser entschlossene Gang einiger Arbeiter zu einem Intellektuellen, der ihr Vertrauen gewonnen hatte, diese Wanderung Bruno Willes mit dem Buchbinder Wiber und dessen Genossen durch die märkische Heide, wie sie im Umkreis von Friedrichshagen, beschattet von Wacholdermyrte, färglich träumt, das war der Anfang. Und heute, vier Jahrzehnte später, liegen vor uns zwei umfangreiche Bücher: das eine, geschrieben von S. Restriepke¹⁾ enthält den ersten Teil (ein zweiter Band folgt) der Geschichte der Berliner Volksbühne; das zweite Buch, geschrieben von A. Brodbeck²⁾ behandelt die Gesamtheit der deutschen Volksbühnenbewegung, deren Entfaltung in der Berliner Volksbühne wurzelt. Welch ein Aufstieg, welch ein triumphaler Beweis für den produktiven Idealismus, für den schöpferischen Kulturwillen, für die beglückte Einsicht und den sittlichen Ernst der deutschen Arbeiterschaft. Es trifft sich gut, daß solche unvergängliche Geschichtstafeln dem Bewußtsein der Öffentlichkeit nahegebracht wird im Aufstäumen einer Episode, die den Kleingläubigen verleiten könnte, am gelunden Instinkt und an der seelischen Disziplin des proletarischen Nachwuchses irre zu werden. Es trifft sich gut, daß wir gerade unter der Dämmerung dieses Wahlherbstes vierzig Jahre Berliner Volksbühne und zehn Jahre Verband der deutschen Volksbühnenvereine feiern dürfen: solch Jubiläum beweist, daß die deutsche Arbeiterschaft kulturelle Tat zu vollbringen vermag und trotz alledem die Verheißung in sich trägt, ihrer und künftiger Zeit die geistige Prägung zu bestimmen.

Die Geschichte der Berliner und darüber hinaus der deutschen Volksbühne, wie sie Restriepke und Brodbeck geschrieben haben, wie sie in diesen Tagen aus der Erinnerung von ungezählten Helfern der Bewegung lebendig wird, ist die Geschichte einer Eroberung, einer Erkenntnis und einer Sehnsucht. Erobert wurde das Kulturgut vorangegangener Zeiten, das der Aristokraten und der Bürger. Erkant wurde, daß inmitten der Organisation, der Gewerkschaften,



Raum unter der Bühne

der Partei und des Staates, der Mensch zugleich ein Kollektivum und ein Einzelner ist, ein Einzelner und ein Einziger. Die Sehnsucht aber ging nach der Gestaltung dieses eigenen Seins und zugleich des Seins der eigenen, der neuen, der stürmenden Klasse, nach der

¹⁾ „Geschichte der Volksbühne Berlin“ (Volksbühnen-Verlag).
²⁾ „Handbuch der deutschen Volksbühnenbewegung“ (Volksbühnen-Verlag).

Kultur und der Kunst des Sozialismus. Das Programm der Volksbühne war fertig in der Stunde ihres Entstehens, es hat nie geschwankt. Eindeutige Formulierung gab ihm, in späterer Abwehr neuerer Highbole, an denen es selbstverständlich auch der Volksbühne nicht gefehlt hat, Friedrich Stampfer: „Es wird der Ruhm der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse sein, daß sie als erste ihrer Art nicht den Weg der Herföderung ging. Mit liebevoller Sorgfalt wird sie die Kulturgüter der Vergangenheit über den breiten Strom tragen, der das Heute vom Morgen trennt... Jedoch ist die Arbeiterklasse mit ihrer sozialistischen Weltanschauung als eine Kulturerbscheinung von gewaltigster Bedeutung und Eigenart auch würdig einer großen, ihrem tiefsten Wesen entprinzenden Kunst. So wenig wir denn auch bereit sind, über bürgerliche Kunst wegen ihrer Klassenzugehörigkeit den Stab zu brechen, so freudig weit wollen wir die Pforten der Freien Volksbühne dem proletarischen Dichter öffnen, der uns unsere Leiden zu sagen, unsere Hoffnungen zu künden weiß, der unsere Gedanken denkt, unseren Kampf kämpft und der als Sozialist uns gehören wird, als Dichter aber der ganzen Menschheit.“

In der Gründungsversammlung der Berliner Volksbühne, die von zweitausend Menschen besucht war, saßen beieinander: Otto Brahm, der Freund Gerhart Hauptmanns, Ludwig Fulda, Otto Erich Hartleben, Richard Dehmel, Heinrich Hart, Julius Hart, alles Angehörige der geltenden bürgerlichen Kultur, und der Arbeiterarbeiter Robert Schindler, der Klempner Heinrich Rest, der Schriftfeger Albert Weidner, der Arbeiterredakteur Curt Baake, alles Männer, damals Augenblicke, die den flammenden Glauben an das Proletariat in sich trugen und diesen Glauben während ihres späteren Lebens im



Georg Springer
der verstorbene langjährige
Voritzende der Berliner
Volksbühne



Curt Baake
erster Voritzender
der Berliner Volksbühne und
des Deutschen Volksbühnen-
verbandes



Dr. Siegfried Restriepke
Generalsekretär
der Berliner Volksbühne



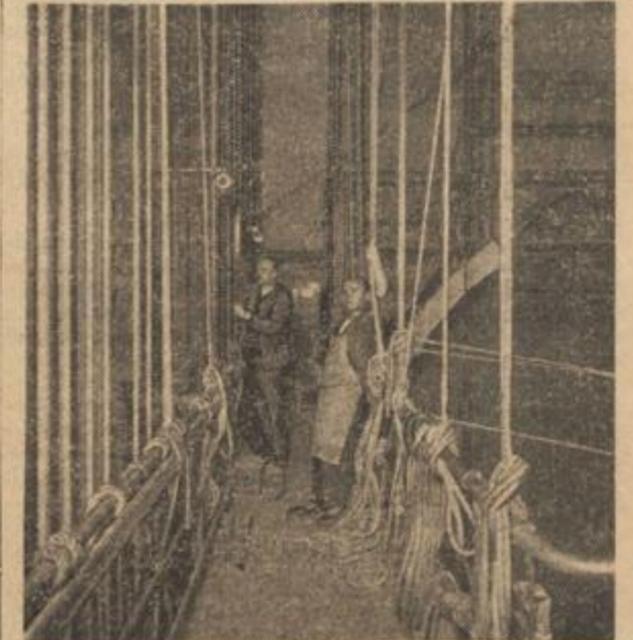
Heinrich Rest
geschäftlicher Direktor
des Theaters am Bülowplatz

Dienste der Arbeiterschaft tatkräftig bewährt haben. Solch Nebeneinander, solch Brüdenschaft, solch Hand-in-Hand mit der Vergangenheit hinein in die Zukunft war und blieb für die Volksbühnenbewegung zugleich Symbol und Prinzip.

Genau so lennend aber ist es, daß jene Gründungsversammlung durch Abstimmung beschloß, eine Teilerkollekte zugunsten der Hamburger Bauarbeiter, die in schwerem Lohnkampf standen, vorzunehmen. Kennzeichnend ist es, daß vom ersten Tage an die Verteilung der Plätze durch die Ordner unter Anwendung des gleichmachenden Loses erfolgt ist, daß aber der Vorschlag eines bürgerlichen Literaten, die Wahl der Stücke durch die Demokratie der Mitgliederparlamenten vorzunehmen, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und vielmehr beschloffen wurde, dem Vorstand und einem Ausschuß die Entscheidung in allen literarischen und künstlerischen Fragen zu überlassen. Kennzeichnend war es, daß die Berliner Volksbühne die Säle ihrer Veranstaltungen und Feste mit dem kämpferischen Rot schmückte, daß sie den ersten Mai feierte, daß sie sich im Protest gegen die Polizei und die Gerichte freimütig dazu bekannte, „Einmischung auf öffentliche Angelegenheiten“ nehmen zu wollen, daß sie aber dennoch kein „politisches Theater“, wie es dogmatisch und einseitig heute gemeint wird, sein wollte. Kennzeichnend war, wenn Conrad Schmidt schrieb, daß das Theater wohl am Besten der Menschheit mitzumischen habe, daß es aber auch Grenzen gäbe zwischen Kunst und Politik, und daß es Sache der Kunst sei, „Fühlen und Wollen zu obeln“. Kennzeichnend war, daß der größte Erfolg, den die Volksbühne in ihren Anfangsjahren errang, die Ausführung von Hauptmanns Revolutionsdrama „Die Weber“ gewesen ist, daß aber zugleich, so vordem wie später, zwar nicht nach Pöffen, wohl aber nach heiteren Stücken immer wieder Ausschau gehalten wurde, und daß schon damals die Klage laut war über den Mangel deutscher Literatur an fröhlicher Unterhaltung und spannender Freude. Kennzeichnend war die Hingereissenheit, mit der die Mitglieder der Berliner Volksbühne vor Sudermanns „Ehre“ saßen, diesem primitiven Plakat des Aufstandes, eine Hingereissenheit, die Henrik Ibsen, der solchem Schauspiel beimohnte, zu dem Ausruf antrieb: „Das sind Hörer! das sind Hörer!“ Kennzeichnend aber war auch, daß schon 1892, noch vor dem Gipfelerfolg der „Weber“, eine Spaltung der Berliner Volksbühne nicht vermieden werden konnte, eine Spaltung, von der Bruno Wille sagt, wohl ein wenig verbittert, aber kaum ganz irrend, daß sie „nicht aus persönlichen, sondern aus persönlichen, nicht aus künstlerischen, sondern aus politischen Gründen erfolgt sei, nicht aus ruhiger Ueberlegung und Gerechtigkeit, sondern aus wüstem Fanatismus“.

Nach der Spaltung stand neben der Freien Volksbühne,

deren Leitung zunächst Franz Mehring übernahm, die Neue Freie Volksbühne, von Bruno Wille und dessen Freunden betreut. Beide Volksbühnen wuchsen nebeneinander und aneinander; wie wenig sie sich grundsätzlich unterschieden, zeigt deutlich, daß der Sieg der „Weber“ von beiden erfochten worden ist. So wirkte sich die Zerreißung der großen proletarischen Kulturbewegung nicht verhängnisvoll aus, so trug sie den Keim zur



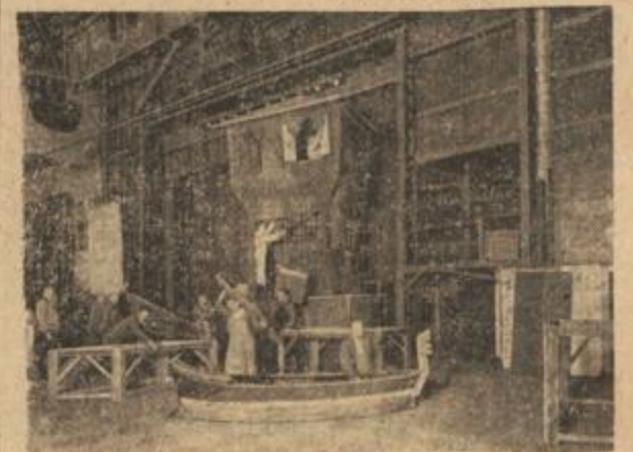
Schnürboden des Theaters am Bülowplatz

Wiedervereinigung in sich. Zunächst aber moßen sich Freie und Neue in geschwisterlichem Wettkampf; jede von ihnen und beide gemeinsam mobilisierten im Laufe der Jahre und der Jahrzehnte die besten Kräfte des deutschen Geisteslebens.

Die Wiedervereinigung der beiden Kameraden erfolgte in Etappen. Nachdem zu Beginn des Krieges die Neue Freie Volksbühne unter der Führung des unergelichen Georg Springer auf der Grundlage von Arbeitergruppen sich das glorreiche Haus am Bülowplatz, ein eigenes Theater des Volkes, errichtet hatte, konnte es unmöglich bei dem Nebeneinander bleiben; das stolze und leuchtende Haus lockte. Es kam zunächst zu einem Kartell und dann, im April 1920, zur endgültigen Wiedervereinigung.

Im gleichen Jahre aber geschah noch die Zusammenfassung aller übrigen deutschen Volksbühnen im Verband der deutschen Volksbühnenvereine. Mit gutem Recht sagt hierzu Brodbeck: „Wenn es eines Beweises für die historische Bedeutung der deutschen Volksbühnenbewegung bedarf, dann möge der Hinweis auf die Monate unerhörtester wirtschaftlicher und seelischer Not eines ganzen Volkes und namentlich seiner „untersten“ Klassen fügen. Was damals, fast instinktiv und daher am tiefsten innerlich begründet, in die Wirklichkeit gefestigt wurde, ist da aus einem Ruf, aus einem Bedürfnis heraus, kann nicht mehr wegdiskutiert, nicht mehr ausgetilgt werden. So entstand der Volksbühnengedanke, dreißig Jahre nach seinem ersten Aufflammen, zum zweitenmal auf breiter Grundlage neu und lebenswichtig. Niemand hat ihn propagiert; er war da. Im ganzen Reich war die Idee lebendig, in allen Ländern und Provinzen, vornehmlich dort, wo Massen schwer arbeitender Menschen sich zusammenballen.“ Wiederum zehn Jahre später, im Jahre 1930, umfaßt der Verband der deutschen Volksbühnenvereine 305 Volksbühnengemeinden mit rund 500 000 Einzelmitgliedern. Diese gewaltige Organisation des geistigen und des künstlerischen Dranges der arbeitenden Massen nimmt alljährlich von den deutschen Theatern fünf Millionen Plätze in Anspruch und zahlt dafür sieben bis acht Millionen Reichsmark. Diese gewaltige Organisation unterhält fünf eigene Wandtheater, ist an drei gemeinnützigen Wanderbühnen und an zehn ständigen Stadttheatern beteiligt; sie gibt an hundert Zeitschriften heraus und erstreckt ihre Tätigkeitsgebiete weit über das Theater hinaus auf die Musik, den Tanz, die gesamte Literatur, die bildenden Künste, den Film und den Funk, wie überhaupt auf die geistige, die sittliche und die künstlerische Entwicklung der Erwachsenen und der Jugend.

Wenn es wahr ist, und es ist wahr, daß im Ablauf der Geschichte, von Jahrhundert zu Jahrhundert, nur eine einzige, sich immer gleich bleibende Tendenz, nur eine einzige Konstante in allem Launen des Wechsels lebendig ist: der Aufstieg der Masse, die Ausweitung derer, die an den Gütern der Kultur teilnehmen, wenn dies



Die Bühne während des Umbaus einer Szene

wahr ist, und es ist wahr, dann hat die deutsche Volksbühne an der Weltverdingung dieses einzig geltenden Geschichtsprinzips ihr wohlgeboten Teil mitgeholfen. Die deutsche Volksbühne, aus dem Berliner Ursprung, aus einem Kreis gläubiger Jünger emporgewachsen und zu einem mächtigen Organismus geworden, ist heute ein wesentlicher Teil der geistigen Kraft, die der Arbeiterschaft das Recht auf Führung gibt.

Robert Breuer.